

Wöchentlich 66 Bl., monatlich 2,00 M. im voraus zahlbar, Postbezugs 4,50 M. einl. Postgeld, Auslandsbahnen-ment 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-lich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Welt und Zeit“ und „Kinderfreund“, „Bren-ner“, „Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-stimme“, „Technik“, „Bild in die Zukunft“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einseitige Monopolisierung des Preises, Kassenregeln 5.— Reichs- markt, „Kleine Anzeigen“ das täg-liche Wort 25 Pfennig (zuletzt zwei teiggedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig, Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig, Anzeigen- entnahme im Hauptgebäude Linden- straße 6 wochentl. von 9 1/2 bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Tönhoff 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassenkonto: Berlin 37596 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depostenkasse Lindenstr. 3

„Bereits vollstreckt!“

Fünf Schachty-Berurteilte hingerichtet. — Die übrigen zu zehn Jahren Gefängnis begnadigt.

Moskau, 10. Juli.

Das Zentralkomitee der Sowjetunion wandelte auf Geheiß des Obersten Gerichtshofes die Todesurteile im Schachty-Prozess gegen Matow, Oratanowski, Wereschowski, Wozarschinoff, Kasarinoff und Schadlun in zehnjährige Gefängnisstrafen um und be- stätigte die Todesurteile gegen die fünf Berurteilten. Diese Urteile sind bereits vollstreckt.

Aus dieser lakonischen Meldung sind die Namen der von der Sowjetregierung ermordeten fünf Angeklagten nur indirekt zu entnehmen. Es sind jene fünf, die vom Gericht nicht zur Begnadigung empfohlen waren, weil sie an- schuldig nicht genug „Reue“ zeigten und weil ihre „tech- nischen Fähigkeiten“ nicht genügend geschätzt wurden. Die Totgeschossen heißen: Gorlehti, Wozarinow, Krjischanowski, Jussewitsch und Budny.

Man beachte die Stillierung dieses Sowjet-Kom- muniqués: Zunächst die Gnade. Die Sowjetregierung ist großmütig. Sie schenkt sechs Männern das verwirkte Leben. Die sechs werden einzeln mit Namen aufgeführt, damit die Welt erkenne, wie unendlich groß die Barmherzigkeit Stalins ist. Sodann, ganz kurz, die Tatsache der fünf Hinrich- tungen. Keine Namen — wozu braucht die Welt sich länger mit Menschen zu befassen, die gar nicht mehr sind? „Bereits vollstreckt.“ Schluß! Interessiert höchstens noch die Anatomie.

„Bereits vollstreckt.“ Das Motto eines mittel- alterlich-mongolischen Regimes. So war es auch vor Jahres- frist, als es galt, die Ermordung des Gesandten Wolkow zu rächen: man verhaftete wohllos einige Leute, führte sie zu- sammen mit anderen Leuten, die bereits seit Jahren als Geiseln im Gefängnis saßen. Salve! Und dann die kurze Meldung: „Bereits vollstreckt!“

Warum auch nicht? Ruhland ist so groß! Seine Be- völkerung ist stauffisch gar nicht zu erfassen, sondern nur schätzungsweise. Auf fünf Menschenleben mehr oder weniger kommt es nicht an. Denn russische Menschenleben sind billig — und schuflos! Hinter ihnen steht keine Macht, die erklärt: „Ich werde erst wieder in Wirtschaftsverhandlungen mit euch eintreten, wenn ihr diese Prozeßschweiterei, soweit unsere Landsleute in Frage kommen, einigermaßen be- friedigend liquidiert haben werdet!“

Die russischen Angeklagten waren einer 100prozentigen Willkür ausgeliefert. Keine Möglichkeit der Kritik und der Kontrolle durch die öffentliche Meinung — es gibt ja nur eine bolschewistisch-amtliche Presse. Keine freie Ver- teidigung — es wurde mehreren Anwälten die sich zu Be- ginn des Prozesses über die ganze Anklage skeptisch geäußert hatten, einfach das Verteidigungsrecht entzogen. Es durfte nur von Offizialverteidigern auf mildernde Um- stände plädiert werden.

Wer bis zuletzt gehofft hatte, die Sowjetregierung würde nicht wegen, auch dieses Justizverbrechen auf sich zu laden, der überließ dabei eines: Es mußte Blut fließen! Die Staatsräson verlangte es. Sie verlangte ein paar russische Leichen, ebenso wie sie wegen der unterbrochenen Wirtschaftsverhandlungen den Freispruch der zwei Deutschen Meyer und Otto verlangte.

Das Prestige Stalins ließ es nicht zu, daß dieser Prozeß abgeschlossen wurde, ohne daß eine Gewehrsalve auf ein paar verhaftete Ingenieure abgefeuert wurde. Wenn man fünf Monate lang den russischen Arbeitern eingeredet hat, die Sowjetwirtschaft werde durch Spezialisten im Dienste der ehemaligen Besieger und des polnischen Generalstabs ruiniert, wenn man durch Fabrikbelegschaften Hunderte von Resolutionen votieren läßt, in denen Todesurteile gefordert werden, wenn man Zehntausende von Arbeitern nach Moskau gratis befördert, um dem Gerichtsschauspiel im größten Theateraal der Stadt beizuwohnen, wenn man einen Prozeß in eine politische Propagandasensation größten Stils um- wandelt, dann muß dabei auch etwas herauskommen.

Im Blutausch, den die Nachricht der fünf Erschießungen zuerst erzeugen wird, werden die russischen Arbeiter zu- nächst vergessen, daß sie sich nach Brot anstellen müssen; daß Rußland, der größte Kornherd des alten Kontinents, zurzeit Masseneinkäufe von Getreide in den kapitalistischen Ländern abschließt, um bis zur Ab- lieferung der Ernte durch die Rusaken die städtische Bevölke- rung notdürftig ernähren zu können. Es mußten einige Sündenböcke geschlachtet werden, um das russische Proletariat darüber hinwegzutäuschen, daß das Sowjet- system wirtschaftlich versagt.

Werden jetzt, weil fünf Leichen von Bourgeois-Intellek- tuellen sezert und verscharrt werden, die Gruben und Fab- riken auf dem Gebiete der Sowjetunion auf einmal blühen und gedeihen, wird der in den Moskauer Bureaus zusammen- gekritzelte fünfjährige Wirtschaftsplan von Minsk bis Wladi- mostof, von Archangelsk bis Taschkent, der schon längst aus-

allen Fugen ächt und tracht, wieder innegehalten werden können, nur weil man ein paar „Spez“ niedergeknallt hat?

Wer das glaubt, ist würdig, Abonnent der „Roten Fahne“ zu werden. Diese wird heute ein Jubelgeschrei er- tönen lassen. Sie wird jene Klassenjustiz verherrlichen, die gegen unverföhnliche Konterrevolutionäre hart bleibt, während sie sich „reueigen“ Gegnern gegenüber barmherzig zeigt. Sie wird im übrigen noch einmal versichern, daß es „in Sowjetrußland keine Todesstrafe“, son-

dern nur „physische Vernichtung“ gegenrevolutionärer Ver- brecher gibt. Sie wird das Monopol der Hinrich- tungen für den Sowjetstaat proklamieren. Sie wird end- lich die A m n e s t i e für die eigenen Parteigenossen in Deutsch- land fordern. Aber aus ihrem blutrünstigen Getreische wird nur das schlechte Gewissen von Menschen sprechen, die in geistiger und finanzieller Hörigkeit einer fremden Regierung Dinge verherrlichen müssen, die bei jedem europäischen Arbeiter nur ein Gefühl des Ekels erzeugen!

Deutschland für den Kellogg-Pakt.

Beratung im Auswärtigen Ausschuss.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags trat am Dienstag unter dem Vorsitz des Abg. Scheidemann (Soz.) und in Anwesenheit des Reichskanzlers Müller zusammen, um die mit dem Kellogg-Pakt, dem Sicherheitskomitee und der Völkerbundsatzung zusammenhängenden politischen Probleme zu erörtern. Staatssekretär v. Schubert gab zunächst eine ausführ- liche historische Darstellung der den Kellogg-Pakt betreffenden diplo- matischen Vorgänge. Ueber die Arbeiten des Sicherheits- komitees sprach alsdann Staatssekretär a. D. v. Simson. Den Erklärungen der Vertreter der Reichsregierung folgte eine um- fangreiche Aussprache.

Am Schluß der Sitzung gab der Vorsitzende, Abg. Scheide- mann, den besten Wünschen des Ausschusses für eine baldige völlige Genetzung des Reichsministers des Auswärtigen, Dr. Strese- mann, Ausdruck. Die Ergebnisse der gestrigen Verhandlung zu- sammenfassend, erklärte er: „Die große Mehrheit des Aus- schusses habe ihr Einverständnis damit ausgesprochen, daß die Reichsregierung die letzte amerikanische Note über den Kellogg- Pakt alsbald zustimmend beantwortet.“

Die Reichsregierung wird danach schon in den nächsten Tagen auch auf die zweite Kellogg-Note eine zustim- mende Antwort erteilen. Das bedeutet jedoch nach nicht die Unterzeichnung des Entwurfes, wann

sie erfolgen kann, ist noch ungewiß. Der Termin hängt namentlich von der Bereinigung der Meinungsverschieden- heiten ab, die vorerst noch zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich bestehen. Das französische Kabinett wünscht bekanntlich die ausdrückliche Betonung der Berech- tigung des Verteidigungskrieges und die Berücksichtigung der militärischen Verpflichtungen, die den einzelnen Staaten aus dem Völkerbundsvertrag, den Locarno-Abmachungen und son- stigen beim Völkerbundssekretariat registrierten und damit an- erkannten Verträgen erwachsen. Der Wortlaut des amerika- nischen Entwurfes spricht nun von der Ablehnung des Krieges ganz allgemein, und wenn auch in der letzten amerika- nischen Note die französischen Bedenken mit dem Hinweis auf die Auslegungsfähigkeit der amerikanischen Vorlage als unbegründet bezeichnet worden sind, so bestehen doch Zweifel, ob die Pariser Regierung sich mit diesen Fest- stellungen begnügt und nicht entweder eine Abänderung des Vertragstextes oder die Unterzeichnung von ihrem Stand- punkt gerechtfertigenden Sonderprotokollen fordert.

Es ist vorgesehen, daß der Kriegsschlichtungspakt in Kraft tritt, wenn außer den sechs Großmächten, an die Amerika ursprünglich gedacht hat, auch Belgien, Polen und die Tschchoslowakei als Mächte, die in Locarno beteiligt waren, unterschrieben haben. Dann steht allen übr- igen Staaten der Zutritt offen.

Um den Nationalfeiertag.

Reichsinnenminister Severing begründet die Vorlage im Reichstag.

Der Reichstag beriet gestern in erster Lesung über den Gesetzentwurf, der den 11. August als Nationalfeiertag zum Nationalfeiertag erheben will.

Nach längerer Debatte wurde mit 214 Stimmen der in der Regierung vertretenen Parteien gegen 136 Stim- men beschlossen, die Vorlage dem Rechtsausschuss zu überweisen.

Reichsinnenminister Severing

vertrat die Vorlage. Er führte aus: In den letzten sechs Jahren hat der Gedanke des Nationalfeiertages im Volke Wurzeln ge- schlagen. Nicht nur in Berlin sind durch Reich, Staat und Ge- meinden Verfassungsfeiern veranstaltet worden, sondern auch die privaten Organisationen haben den Verfassungstag ge- feiert, so daß es eigentlich nur noch die Aufgabe des Reichstags ist, den tatsächlichen Zustand gesetzlich zu sanktionieren. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob der Zeit- punkt und die Bedeutung des 11. August es zweckmäßig erscheinen lassen, gerade diesen Tag zum Nationalfeiertag zu machen. Die Bedenken wegen der Schulferien, daß verspätete Schulferien nur ein schwacher Abkühlung sein würden, sind bis zu einem gewissen Umfange richtig; aber die Feiern der Erwachsenen könnten so aus- gestaltet werden, daß sich auch die Jugendlichen daran beteiligen, und wenn dann hinterher noch einmal Schulferien stattfinden, um Schülern und Schülerinnen Staatsbürgerkunde und Verfassungs- kunde beizubringen, so gilt wohl das alte Wort, daß man das eine tun und das andere nicht lassen soll. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch der Einwand, daß der 11. August die Ernte stören würde (Sehr wahr rechts und im Zentrum), ist bis zu einem gewissen Um- fange berechtigt, aber heute bestehen schon in den Einzelstaaten Polizeivorschriften für die Landeszentralbehörden und die Polizei- behörden die Möglichkeiten, in solchen Fällen eine Ausnahme vom Geseh zu machen.

Wenn, wie es den Anschein hat, Kommissionsberatung gewünscht wird, dann kann noch einmal in dieses Geseh hineingefrieden werden, daß die Landeszentralbehörden Ausnahmen machen können.

Wenn bezüglich des Zeitpunktes Zweifel bestehen können, ob der 11. August der idealste Tag sei, so können keine Zweifel darüber bestehen, ob der 11. August nach seiner Bedeutung ein Feier- tag ist. Selbst diejenigen Herren, die in der Nationalversammlung

den Beschluß der Verfassung freudig begrüßt haben, wollen heute an dieser Reichsversammlung kein gutes Haar lassen. (Zwischenrufe bei den Kommunisten.) Ich nehme Sie (zu den Kommunisten) aus. Sie lernen es nie. (Zuruf bei den Komm.: Das wollen wir nicht lernen, was Du gelernt hast!) In der Nationalversam- lung bestand die Erkenntnis, daß wir nur auf demo- kratischer Grundlage aufbauen können und daß wir nur aus dem Chaos herauskommen könnten, wenn es gelänge, eine gemeinschaftliche Plattform herzustellen. Eine ausgezeichnete Rede hat damals Herr v. Kardorff gehalten. Wenn der Generals- feldmarschall v. Hindenburg sich ein großes Verdienst durch die Zurückführung der Soldaten in die Heimat erworben hat, so wären doch alle Bemühungen der Obersten Herresleitung und des Generals- feldmarschalls v. Hindenburg nicht erfolgreich gewesen, wenn nicht in jener Zeit die Arbeiterorganisationen mit ihren lebendigen Kräften sich in den Dienst der allgemeinen Wohlfahrt gestellt hätten.

Vom alten zum neuen Deutschland.

Wir haben es fertig gebracht, daß in kurzer Zeit mehr als 7 Millionen Soldaten wieder in das Erwerbsleben zurückgebracht wurden, und wir haben einen großen Teil des Verdienstes daran, daß die Erbitterung der Volksmasse, die sich damals betrogen fühlten, sich nicht in Gewalttaten ent- lud. Ich unterstreiche die damaligen Ausführungen des Herrn v. Kar- dorff,

daß die Angehörigen der schaffenden Stände durch das alte Regime nicht vernötigt waren, obwohl ihnen gesagt wurde: „Ich führe Euch herrlichen Zeiten entgegen!“

Im November 1918 fanden die Zurückgeführten in Deutschland Arbeitslosigkeit vor. In der Kriegszeit ist vom Blau des Reichskanzlers das Wort gefallen, daß nun nach der Solidarität des deutschen Volkes, die sich besonders glänzend 1914 gezeigt habe, freie Bahn jedem tüchtigen Volksgenossen sein würde. Damals galt noch in Preußen das Dreiklassen- urrecht, das die Arbeiter nicht als gleichberechtigte Bürger an- erkannte. Die Arbeiter haben nicht aus Dankbarkeit sich in den Dienst der nationalen Sache gestellt, sondern in der Erkenntnis, daß nun der Zeitpunkt gekommen war für die Arbeiterschaft,

aus dem neuen Staat auch einen Staat für die Arbeiter zu schaffen.

Diese Erkenntnis hat damals die Arbeiter bestimmt. (Zuruf bei den

Polnisch-litauischer Abbruch.

Warschau droht Woldemaras mit dem Völkerbund.

Warschau, 10. Juli. (Eigenbericht.)

Der litauischen Regierung ist zum Abbruch der polnisch-litauischen Verhandlungen in Romo eine polnische Note geschickt worden, die ausführlich auf den Standpunkt Litauens in der Sicherheitsfrage eingeht. Die Note spricht die Erwartung aus, daß Litauen seinen Standpunkt revidieren werde, zumal er mit der Aufschauung des Völkerbundes nicht vereinbar sei; wäre diese Vermutung falsch, so würde Polen das Scheitern der polnisch-litauischen Verhandlungen dem Völkerbund mitteilen.

In Wirklichkeit ist der Grund dieses Konfliktes der Streit um Wilna. Als der Völkerbund Ende 1927 auf Veranlassung mehrerer Mächte die Vermittlung in dem polnisch-litauischen Konflikt übernahm, hat er in seiner Beschlusfassung eine klare Stellungnahme zur Wilnaer Frage vermieden. Das machte es beiden Teilen möglich, bei den Verhandlungen, die Ende März in Königsberg ausgenommen wurden, ihren Standpunkt festzuhalten. Litauen hält seinen Anspruch auf Wilna aufrecht und steht theoretisch auf dem Standpunkt, daß eine Verständigung mit Polen überhaupt nur möglich ist, wenn Polen Wilna zurückgibt oder doch mindestens die Wilnaer Frage als ungeklärt bezeichnen. Es liegt auf der Hand, daß unter solchen Umständen eine polnisch-litauische Verständigung auf die schwersten Hindernisse stößt.

Polen legt sehr viel an einer solchen Verständigung.

Bei den Königsberger Verhandlungen hat die polnische Delegation in sehr toleranter Weise die in der Form zwar zurückhaltenden, in der Sache aber sehr scharfen Äußerungen Woldemaras' über die litauischen Ansprüche auf Wilna angehört, ohne darauf zu reagieren. Es kam Polen nur darauf an, eine, wenn auch begrenzte Verständigung zu erzielen. So ging Polen sogar darauf ein, die litauische Forderung nach Entschädigungen für litauische Verluste bei dem polnischen Einbruch in das Wilnagebiet als Verhandlungsgegenstand anzunehmen. Allerdings hat man diese litauische Forderung dann

im Laufe der Verhandlungen sehr geschickt dadurch pariert, daß man eine polnische Gegenrechnung aufmachte, die noch größer war als die litauischen Forderungen. Litauen hat aber im Laufe der Verhandlungen und gerade bei diesem Spezialpunkte der Entschädigungsfrage, über den vor kurzem wieder in Romo verhandelt worden ist, seinen grundsätzlichen Standpunkt in der Wilna-Frage immer schärfer betont und schließlich nicht mehr und nicht weniger von Polen verlangt als eine Anerkennung des Zustandes als strittig. Für Polen ist diese Forderung schließlich unannehmbar, deshalb hat sich die Warschauer Regierung trotz ihrer grundsätzlichen Nachgiebigkeit veranlaßt gesehen, mit dem Abbruch der Verhandlungen zu drohen.

Woldemaras hat die Verhandlungen immer soweit gehen lassen, als nötig war, um eine neue Inkarnation des Völkerbundes zu vermeiden. Dieses Spiel dürfte sich aber nicht unbegrenzt treiben lassen.

Schon bei der letzten Tagung des Völkerbundesrates war sehr scharfe Stimmen gegen das Behalten Litauens laut.

vor allem von England, das an der polnisch-litauischen Verständigung besonders interessiert ist. London verfolgt noch wie vor das alte Projekt, einen Wall der Randstaaten gegen Sowjetrußland zu errichten, was im Wesen mit dem polnischen Wane eines Randstaatenbundes unter polnischer Führung zusammenfällt. Sollte daher, wie die polnische Note drohend andeutet, die Sache nochmals vor den Völkerbund gelangen, so sind die Aussichten Litauens auf eine ihm günstige Stellungnahme des Völkerbundes recht gering. Man muß dann vielmehr in Romo damit rechnen, daß der Völkerbund eine energische Sprache führen und Pressionen ausüben wird. Woldemaras wird wohl nach seiner alten Taktik versuchen, die Verhandlungen weiterzuführen, aber ein Ergebnis von einiger Bedeutung zu verhindern. Da bis zum September noch einige Monate Zeit sind, hat er noch manche Möglichkeiten, die neueste polnische Note durch Gegenäußerungen und Gegenanschläge zu parieren.

Um die Lohnsteuerverfälschung.

Noch keine endgültige Verständigung.

Die interfraktionellen Besprechungen über die Senkung der Einkommensteuer, die am Dienstag unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Hilferding stattfanden, haben noch zu keinem endgültigen Ergebnis geführt. Einige Parteien wenden sich noch wie vor gegen eine sofortige Senkung der Einkommensteuer für die unteren Gruppen, weil sie befürchten, daß dadurch die von ihnen gewünschte Ermäßigung des Tarifs der Einkommensteuer auch für die mittleren Gruppen, deren Prüfung von der Reichsregierung zugelassen ist, ungünstig beeinflusst würde. Auch der Widerstand der Länder, die auf einen Teil der unerwarteten Mehreinnahmen verzichten müssen, findet in der Haltung der Bayerischen Volkspartei einen Niederschlag. Immerhin ist anzunehmen, daß diese Bedenken noch im Verlaufe des Mittwochs ausgeräumt werden können und eine Verständigung erzielt wird.

Die Verständigung würde etwa auf der Grundlage herbeigeführt werden, daß die Senkung der Einkommensteuer, die vom 1. Januar 1928 ab auf 15 Proz. bzw. 2 M. im Monat festgesetzt wurde, auf 25 Proz. bzw. 3 M. monatlich erhöht würde. Ungelöst ist dabei noch die Frage, wann diese Ermäßigung in Kraft tritt, ob am 1. August oder erst am 1. Oktober. Auch die Frage, ob diese Ermäßigung nur bei Einkommen bis zu 8000 M. jährlich gelten soll, oder auch für höhere Einkommen, etwa bis zu 12000 M. jährlich, ist noch nicht entschieden. Neben diesen Ermäßigungen soll eine weitere Ermäßigung der Steuerleistung durch eine Abminderung herbeigeführt werden. Die Steuer soll also zum Beispiel bei einem Monateinkommen von 134,95 M. nicht von diesem Betrag, sondern von 130 M. berechnet werden, und bei einem Monateinkommen von 34,95 M. nur von einem Betrage von 34 M. Monateinkommen sollen also auf volle 5 M. nach unten, Wocheneinkommen auf volle 1 M. nach unten abgerundet werden. Die Gesamtermäßigung dieser Maßnahmen wird auf rund 100 Millionen Mark jährlich geschätzt.

Schwarzrotgold in Frankreich.

Zur Begrüßung deutscher Jungsozialisten.

Paris, 10. Juli. (Eigenbericht.)

Das kleine Städtchen Suresnes war am Montag Zeuge einer erhebenden deutsch-französischen Friedenskundgebung. Die dortige sozialistische Ortsgruppe hatte im Verein mit der Pariser Parteileitung einige Juristen in Paris in Ferien weilende Jungsozialisten zu einem Bankett eingeladen. Auf dem Rathaus wehte die Flagge der deutschen Republik. Als die Delegation auf einem Seinedampfer eintraf, begrüßte ihre die in diesen Massen an den Ufern wartende Menge eine begeisterte Kundgebung. Einige Kommunisten hatten natürlich nichts anderes zu tun, als die Veranstaltung zu stören. Während Abg. Genosse Grumbach die Begrüßungsrede hielt, warfen sie mit mächtigen Mauersteinen die meterhohen Fenster im Bankettsaal ein und ergrißen hierauf tapfer die Flucht.

Räumungsanfragen im Unterhaus.

Ausweichende Antworten des Kriegeministers

London, 10. Juli. (E.P.)

In die vielfach in London im Umlauf befindlichen Gerüchte, die sich meistens ungeschickterweise aus dem augenblicklichen Meinungsaustausch zwischen London und Paris über die rechtliche Stellung des Rheinlandes im Zusammenhang mit dem amerikanischen Vortragsplan gebildet hatten, brachte der Kriegsminister Worthington Coans im Unterhause insofern eine gewisse Klarheit, als er mitteilte, daß zurzeit keinerlei Herabsetzung der Besatzungsstärke erzwungen würde, die sich, mit Ausnahme eines Detachements im Saargebiet, auf annähernd 6000 Mann englischer Truppen beläuft.

Weitere Fragen der Abgeordneten ließen die Ungeduld erkennen, daß in der Räumungsfrage seitens des Foreign Office nicht genügend Anstrengungen gemacht werden, um das Problem einer Lösung näherzubringen. Der Abgeordnete Williams fragte die Regierung, ob sie mit dem Dual-Druck in Verbindung treten wolle, um dort die Erlaubnis zur Zurückziehung dieser Truppen zu erhalten, da sie offenbar keinem nützlichen Zweck mehr dienten. Der Kriegsminister wich dieser kritischen Frage dadurch

aus, daß er die Ansicht des Abgeordneten zur Kenntnis nehme, aber sie nicht teile.

Der Abgeordnete Wedgwood (Arbeiterpartei) wies dann darauf hin, daß die Truppen im Rheinland eine Belastung des englischen Budgets bedeuten und fragte, ob nicht schon aus diesem Grunde eine Herabsetzung der Truppenzahl erwünscht wäre.

Der Abgeordnete Harris wünschte zu wissen, ob es denn notwendig wäre, diese Truppen etwa zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Rheinlande zu unterhalten. Der Kriegsminister wies wiederum aus mit der Bemerkung, daß es nach seiner Ansicht notwendig wäre, die Verpflichtungen gemäß den Verträgen zu erfüllen.

Der Abgeordnete Williams legte die Angriffe auf die Regierung mit der Frage frei, ob der Regierungsoberste sagen könne, wo diese Verträge denn eigentlich zuerst gemacht worden seien und unter welchem Premierminister und für welche Zeitdauer. Der Kriegsminister schloß die Debatte mit den Worten, er wisse nicht, ob diese Frage überhaupt in Betracht käme. Sie verlange eine lange und möglicherweise unvollständige Antwort, die er sich mit der Erlaubnis des Fragestellers vorbehalte.

Bulgarische Parlamentskultur.

Die Sobranje als Kaskadente.

Sofia, 10. Juli. (Eigenbericht.)

Beim Auftreten kam es in der Sobranje zu Ständeszenen. Als der Redner der kommunistischen Arbeiterpartei gegen das Staatsbudget sprach, das Tausende unschuldiger Opfer gefordert habe, verhinderte ihn die Regierungsmehrheit durch obenbezeichnetes Geschrei und Pulverdetonation am Reden. Hierbei zeichneten sich besonders die sogenannten „milden Pferde der Eskadron“ aus, in deren Reihen sich eine ganze Anzahl ehemaliger Kommunisten befindet. Abgeordnete der Linksparteien bemerkten schließlich, daß sich mitten im Plenum unter den Regierungsvertretern der Leiter der Sobranje tangiere befand, der sich, ohne Abgeordneter zu sein, an dem Geschrei der „milden Pferde“ beteiligte. Der Sozialist Anastasoff, der gegen diese Anmohung protestieren wollte, kam nicht zum Wort. Abg. Christoff schrie ihm zu: „Schweig oder ich schlage dich zu Boden, daß du nie wieder aufstehst.“

Als sich Anastasoff nun zum Präsidenten begeben wollte, um ihn zum Einschreiten gegen den Kanzleisekretär aufzufordern, schweberte ihn ein Sobranjedienner gegen die Abgeordnetenbänke. Dies rief in der Opposition einen Enttäuschungssturm hervor. Die Auseinandersetzungen waren so törenend, daß die Sitzung schließlich unterbrochen werden mußte.

China kündigt Zwangsverträge.

Keine Verhandlung mit Moskau.

Peking, 10. Juli.

Nach Meldungen aus Peking hat die Regierung beschlossen, ihren Handelsvertrag mit Frankreich zu kündigen, ist aber bereit, neue Vertragsverhandlungen aufzunehmen. Außerdem beabsichtigt die Regierung, ihren Handelsvertrag mit Japan und auch den mit Nordamerika zu kündigen.

Der japanische Generalkonful in Peking hat der Regierung einen Protest gegen den Boykott der japanischen Waren in Südschina übermittelt.

Die Regierung hat abgelehnt, die Verhandlungen mit Moskau aufzunehmen. Sie teilt mit, daß sie alle Maßnahmen zur Bekämpfung der kommunistischen Propaganda in Südschina ergreifen habe. Die Regierung wird wahrscheinlich bei späteren Verhandlungen von Rußland neue Sicherheiten verlangen, daß sich die kommunistische Partei nicht in das innere Leben Chinas einmische.

Die Frage der Revision sogenannter ungleicher Verträge bildet mehr aus innerpolitischen Gründen einen wichtigen Teil der seit Beginn der Generalkonferenz heftig einsetzenden Propaganda, wodurch die Führer an Popularität gewinnen und die Aufmerksamkeit der Publikums von den an sich brennenderen inneren Problemen der Abrüstung und der Finanzreform ablenken wollen. Eine Kundgebung der Regierung zur Vertragsfrage wird erwartet.

Komm.: Was haben sie erreicht? Der 11. August hat den Rechtsboden geschaffen und das Fundament errichtet, auf dem heute weiter gearbeitet werden kann auf sozialem, politischem und kulturellem Gebiet im Sinne des Fortschritts. „Das deutsche Volk hat sich diese Verfassung gegeben“, so heißt es in der Präambel der Reichsverfassung. Das ist ein Selbstvertrauen, das schon allein die Bedeutung des 11. August rechtfertigt.

Aus eigenem Recht, nicht künstlich, hat sich das deutsche Volk zu der Verfassung bekannt.

(Auf bei den Nat.-Soz.: Scheinverfassung! Zurück bei den Komm.: Scheinverfassung!) Dieser Verfassung, meine Herren Nationalsozialisten und Kommunisten, verbanke Sie es, daß Sie hier sitzen. (Beifall bei den Soz. Lärm bei den Komm.)

Der Sinn der Verfassung.

Die Mängel dieser Verfassung hat kein Mensch in Abrede gestellt, aber wegen dieser Mängel darf man die Verfassungsfeier doch nicht unterlassen. Die Mängel der Verfassung sind uns allen bekannt. Wenn es in der Präambel heißt: „Das deutsche Volk geeint in seinen Stämmen“, so ist das bestenfalls Verheißung, aber keine Erfüllung, und wenn die Verfassung sagt, daß die Wirtschaft nach Grundgesetzen geführt werden solle, die allen ein menschenwürdiges Dasein verbürgen, so ist auch dies äußerlich noch nicht eingelöst. (Abg. Torgler (Komm.): Wird auch nicht eingelöst werden!) Gerade in der Zeit, wo wir uns mit der Durchführung Tag für Tag beschäftigen, kann man sagen, daß die Verfassung auf halbem Wege mit dem Verfall von Föderalismus zum Unitarismus stehen geblieben ist; aber man darf doch auch sagen, daß auch die Bismarcksche Verfassung nicht aller staatspolitischen Weisheit letzter Schluß war. Die jetzige Verfassung wurde zu einer Zeit geschaffen, wo in Deutschland alles darüber lag und alles zerrissen war und wo es darauf ankam, möglichst schnell eine Rechtsgrundlage zu schaffen. Jede Verfassung hat Mängel aufzuweisen. (Sehr wahr!) Ich könnte eine ganze Veporelei von Mängeln der Sowjetverfassung aufstellen.

Gegenüber den Mängeln anderer Verfassung, die ich gern anebe, hat gerade unsere Verfassung Vorzüge wie keine andere Verfassung bis 1919. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Das drückt sich namentlich in den Artikeln 17 und 22 aus, in denen das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht nicht nur für das Reich, sondern auch für Länder und Gemeinden vorgeschrieben ist. Dadurch ist das Band geschlungen und der Kitt gegeben, der alle Staatsbürger zusammenschließt. Dieses Band hat uns über alle Schwierigkeiten der Nachkriegszeit hinweggebracht. Die Arbeiter fühlten sich bis 1919 als Staatsbürger zweiter Klasse.

Jetzt, nach der Verkündung der Verfassung, haben die Arbeiter das Gefühl, daß sie in der Lage sind, mit dieser Verfassung den Staat auch zum Staat der Arbeiter zu machen.

1918 fanden sich wenige, die das alte System verteidigten, aber als 1920 der Kapp-Putsch an den verfassungsmäßigen Einrichtungen rüttelte, haben sich Hunderttausende von Angestellten und Arbeitern bereit gefunden, Gut und Blut für die Verteidigung der Verfassung hinzugeben. (Großer Lärm bei den Komm.)

Das werktätige Volk schützt die Verfassung!

Den unaufhörlichen Lärm der Kommunisten vermag der Minister nur mit erhobener Stimme zu durchdringen. Er fährt weiter aus: Bei den Separatistenunruhen in Rheinland und Westfalen sind die Arbeiter aufgestanden, um die Verfassung zu schützen. (Große Unruhe und Zurufe bei den Komm. — Ein kommunistischer Abgeordneter wird zur Ordnung gerufen.) 1920 waren es im Osten Deutschlands Bauern und Arbeiter, die in der Verteidigung deutschen Bodens gestanden haben, und ein Herr von der Deutschnationalen Partei, Herr Dr. Gant, hat in Wortenerberbe erklärt:

„daß auch in diesen unglücklichen Schicksalen der deutsche Arbeiter bewiesen habe, daß er Deutschland treu geblieben ist.“ (Sehr wahr! bei den Soz.)

1921 waren es in Oberschlesien in erster Linie Arbeiter, die mit Erfolg die polnischen Angriffe abgewehrt haben. 1923 waren die Träger des passiven Widerstandes Beamte, Arbeiter und Angestellte, die trotz der Gefahr der Ausweisung und trotz der erfolglosen Ausweismosen bereit waren, Deutschland gegen jede fremde Angriffe zu verteidigen. 1923 waren es deutsche Arbeiter aller Richtungen, von den christlichen Gewerkschaften bis zu den Kommunisten, die versuchten, als Franzosen und Belgier die Schutzpolizei angewiesen hatten, zum Schutze und zur Verteidigung der Verfassung zu wirken.

Man hat die Frage aufgeworfen, ob nicht der Tag der Rheinlandräumung am zweckmäßigsten als nationaler Feiertag anzunehmen sei. Auch ich habe ein dringendes Interesse daran, in meiner amtlichen Stellung, wie wir alle den dringenden Wunsch haben, die befehlten Gebiete recht bald von dem Besatzungsdruck zu befreien, aber der Termin der endgültigen Rheinlandräumung ist jetzt entweder eine Sache der diplomatischen Konvention oder der Vertragsbestimmungen.

Als sich 1920 diese Dinge ereigneten, und die Separatistenunruhen von den Arbeitern bekämpft wurden, da waren nach meiner Überzeugung Arbeiter und Kleinbürger von dem Gefühl durchdrungen, daß sie nur auf dieser Verfassung ihren Staat aufbauen könnten, und dieses Gefühl trieb sie in eine gemeinsame Front.

Die Verfassung selbst hat ihnen jenes Gefühl beigebracht, und darum ist der Verfassungstag das Gegebene. Man fragt weiter, ob nicht dem 18. Januar der Vorzug zu geben sei. Die große geschichtliche Bedeutung der Reichsgründung vom 18. Januar verneine ich nicht, aber der 18. Januar wird um deswillen niemals populär und niemals ein nationaler Feiertag werden, weil er, abgesehen von allem anderen, das Dreiklassenwahlrecht in Preußen nicht aufgehoben hat. Der 9. November als Gründungstag der Republik hat ebenfalls eine große Bedeutung. Ich möchte aber nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß der 9. November kein Bastillestag war; er war der Zusammenbruch eines bereits zum Zusammenbruch reifen Systems. Der 11. August dagegen ist der Tag der deutschen Zukunftshoffnung, des nationalen Selbstvertrauens. Darum halten wir ihn als Nationalfeiertag fest, weil ein Volk, das seine Verfassung ehrt, sich selbst ehrt. (Beifälliger Beifall d. d. Soz.) (Heber den weiteren Verlauf der Sitzung berichten wir in der Beilage.)

Landbund und Steuerfreiheit.

Ein Landbundführer wegen Anreizung zum Steuerfreit verurteilt.

Schwerin (Mecklenburg), 10. Juli.

Der Schriftführer des Landbundes, Brenner, wurde von der Strafkammer des Landgerichts Schwerin wegen Anreizung zum Steuerfreit zu 200 M. Geldstrafe, ausfallsch 1 Monat Gefängnis und weiteren 50 M. Geldstrafe verurteilt. Brenner hatte auf der am 12. März in Schwerin gleichzeitig mit den Kundgebungen im Reich abgehaltenen Protestversammlung des Landbundes die vom Vorstand des Reichslandbundes verfaßte Entschließung verlesen, erläutert und zur Annahme empfohlen. Die erste Instanz hatte darin eine Aufforderung zum Steuerfreit erkannt und den nicht vorbestraften Angeklagten zu 600 M., ausfallsch 2 Monate Gefängnis und einer weiteren Geldstrafe von 100 M. verurteilt.

Präsidiumpwahl im Landtag. Vereinigung Waldecks mit Preußen vollzogen.

Der Landtag, der gestern nach dreiwöchentlicher Pause wieder zusammentrat, nahm die endgültige Wahl des Präsidiums vor. Zum ersten Präsidenten wurde der Sozialdemokrat und bisherige Präsident Bartels, zum ersten Vizepräsidenten der Deutschnationale Dr. von Kries, zum zweiten Vizepräsidenten Dr. Porich (Z.) wiedergewählt.

Auf den dritten Vizepräsidenten hatte die kommunistische Fraktion auf Grund ihrer Sidera Anspruch, doch wurde dem kommunistischen Kandidaten Schwend von der Deutschen Volkspartei der Abgeordnete Biemer als Gegenkandidat gegenübergestellt. Schwend fiel in der notwendig gewordenen Stichwahl durch und Dr. Biemer wurde mit allen bürgerlichen Stimmen gewählt. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte für den Kommunisten.

Das Haus nahm dann noch nach kurzer Aussprache einen Hauptauswahlantrag an, der Hilfe für die durch Unwetter und Hochwasser geschädigten Gebiete bereitstellt und schließlich wurde in zweiter und dritter Lesung der Gesetzentwurf über die Vereinigung Waldecks mit Preußen angenommen.

Ministerpräsident Dr. Otto Braun

begrüßte den vollzogenen Anschluß mit folgender Erklärung:

Ich begrüße von Herzen den durch die eben erfolgte Abstimmung vollzogenen Anschluß Waldecks an Preußen, der noch der reichsgesetzlichen Sanction bedarf, die wohl zweifellos erfolgen wird. Ich habe schon wiederholt betont, daß der Anschluß kleinerer Länder an Preußen nicht im eigenen Interesse Preußens liegt, weil die Zunahme an Land und Bevölkerung, die Preußen dadurch erwirbt, bei seiner Größe keine Rolle spielt, und weil außerdem der Einfluß Preußens im Reichsrat durch Stimmenverlust vermindert wird. Auch jetzt vertritt Preußen durch den Anschluß Waldecks eine Stimme im Reichsrat und obendrein die waldeckische Stimme, die ja zumeist gemeinsam mit der preußischen Staatsregierung abgegeben wurde.

Ich benutze die Gelegenheit der Beratung dieses Gesetzes, das eben Solgte zu wiederholen, weil ich einer falschen Auffassung entgegenzutreten möchte, die gelegentlich meiner Rede in der Länderkonferenz über den Anschluß kleinerer Länder an Preußen verbreitet worden ist. Preußen steht diesem Anschluß wegen der oben erwähnten Folgen nicht etwa ablehnend gegenüber, im Gegenteil, es begrüßt ihn im Interesse der Einheit des Deutschen Reiches sowie der Vereinfachung und Vereinheitlichung seiner Verwaltung und wird daher bei kommenden Verhandlungen mit anderen anschlussbereiten Ländern ebenso wie bei den Verhandlungen mit Waldeck diesen Ländern in jeder Weise entgegenkommen.

Ich habe in der erwähnten Rede auf der Länderkonferenz mich nur gegen den Vorwurf gewehrt, als wolle Preußen aus Bergregierungsgegründen die kleinen Länder zum Anschluß durch finanzielle und andere Maßnahmen zwingen und habe dabei ausgeführt, daß einem partikuläristisch preußischen Interesse eine solche Politik nicht dienen würde. Hier aber handelt es sich um die große Sache der Einheit des Deutschen Reiches, und soweit Preußen dazu seine fördernde Hand bieten kann, wird es immer bereit sein, mit deutschen Ländern Verhandlungen über den Zusammenschluß mit Preußen in entgegenkommendster Weise zu führen.

Die Beratung der im letzten Landtag (Juli) erörterten Flieggenverordnung der Regierung wurde mit Rücksicht auf die in Kürze bevorstehende reichsgesetzliche Regelung von der Tagesordnung abgesetzt. Aus dem gleichen Grunde wurde auch die Beratung der Amnestieentwürfe zurückgestellt.

Hierauf verzogt sich das Haus auf Mittwoch, den 11. Juli. Tagesordnung: Kleinere Vorlagen, Beratung von Anträgen über die Revision der Rüstungs- und Schenkungsleistungen im Ruhrgebiet.

Die Partei Hugenberg.

Offizielle Vertuschungsversuche — neue Enthüllungen.

Die Deutschnationale Pressestelle bemüht sich, den Krach in der Deutschnationalen Partei mit inhaltslosen, dafür aber um so längeren Erklärungen zu vertuschen. Sie sind auf die Tonart gestimmt: wir sind alle einig.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ enthüllt weiter. Sie berichtet, daß Hugenberg auf der Parteivertretung eine festgeschlossene Gruppe von 15 Landesverbänden von insgesamt 35 geführt habe. Sie schildert weiter die bekannten Vorgänge bis zum einstimmigen Vertrauensvotum für Bestorff und fährt dann fort:

„Jedoch muß betont werden, daß durch diesen Beschluß das Bestehen der Gruppe Hugenberg, der also 15 Landesverbände angehören, nicht aus der Welt geschafft wurde.“

Es ist selbstverständlich, daß es bei diesen Auseinandersetzungen nicht nur bei Diskussionen über den Fall Lambach blieb, sondern daß es sich auch um grundsätzliche Fragen handelte, bei denen im Vordergrund die Politik der Deutschnationalen Partei überhaupt seit der auffallenden Erledigung des Dawes-Kommens und seit den immer erneuten Bestrebungen, an der Regierung teilzunehmen, stand.“

Die Einigkeit besteht also darin, daß je 50 Proz. untereinander einig sind, und nicht einmal das! Herr Hugenberg führt also nicht nur eine parlamentarische Gruppe, nicht nur einen Presseapparat, sondern auch eine geschlossene Gruppe in der Deutschnationalen Organisation. Presse, Organisation und Parlamentarierfraktion — Herr Hugenberg besitzt eine Partei in der Deutschnationalen Partei.

Er ist da!

Der Retter der Deutschnationalen.

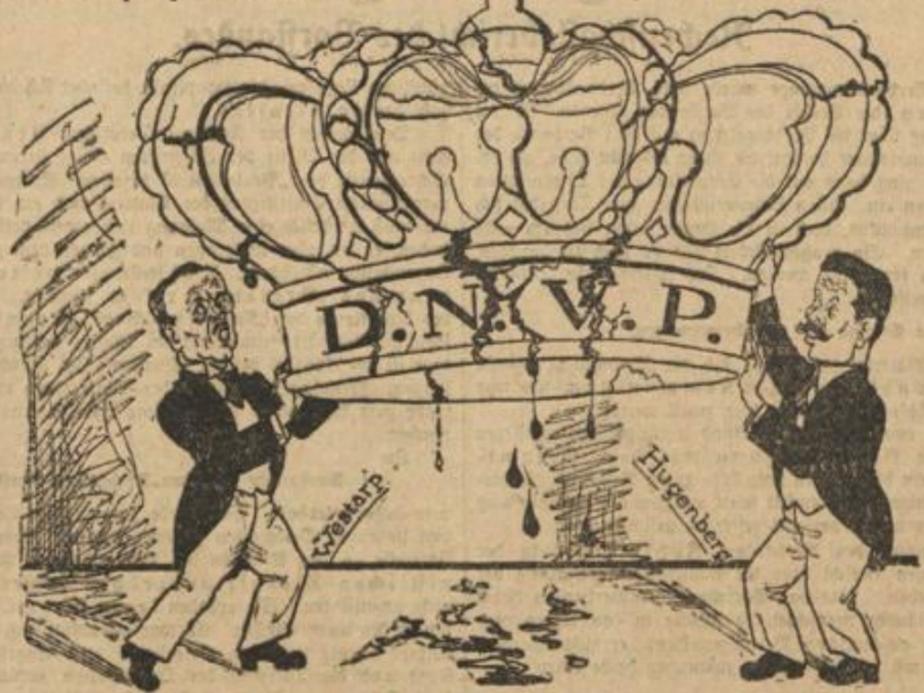
Natürlich, wenn die Deutschnationalen in der Klemme sind, rufen sie nach dem großen Führer, der sie retten soll! Krach bei den Deutschnationalen, drohende Spaltung, prompt erhebt die „Kraus-Zeitung“ den Schrei nach dem Führer, und, o Wunder, diesmal ist er schon da, so schreit sie:

„Eine einheitliche, straffe Oberleitung unter einem mitlischen Führer ist dringend notwendig. Der Führer ist da. Wägt er sich dem Ruf nicht entgegen.“

Er ist da, heißt heißt Kur — wie heißt der Mann? Heißt er Ehrhardt, oder von der Goltz, oder Seidte, oder Meisterberg, oder Bettow-Borbed? Oder wird er sich dauernd hinter der Parole verbergen: ich geb mir nie zu erkennen?

Polnische Grenzpatrouille. Am Juni hat die polnische Grenzpatrouille an der litauischen Grenze 263 Personen, an der polnisch-litauischen Grenze 151 Personen verhaftet, die geschwindig hinüberzuflüchten. Von den letzteren sollen 44 kommunistische Agitatoren und 16 Spione sein, die nach Sowjetrußland streben.

Deutschnationale Spaltungen.



Schlecht gekittet! Wie lange hält es noch zusammen?

Ausbau der Krisenfürsorge.

Der Soziale Ausschuss für die sozialdemokratischen Vorschläge. — Wiffell erläutert das Regierungsprogramm.

Der Soziale Ausschuss des Reichstages begann seine Beratungen am 10. Juli mit der Behandlung der Krisenfürsorge. Nach der einleitenden Programmrede des Reichsarbeitsministers Wiffell, der die Antündigungen in der Regierungserklärung hinsichtlich der Erwerbslosenhilfe eingehend erläuterte und den Ausbau der Krisenfürsorge besprach, begründeten zunächst die Kommunisten ihre Anträge, die eine vollkommene Außerkräftigung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes bedeuten würden.

Herr Hermann Müller-Richtenberg (Soz.) gab sodann eine mit Material begründete Schilderung des derzeitigen Arbeitslosenstands und begründete eine von der Sozialdemokratie mit den übrigen in der Regierung vertretenen Parteien eingebrachte Entschließung, die den sofortigen Ausbau der Krisenfürsorge in den folgenden Punkten bezweckt:

1. der Personenkreis der Krisenfürsorge soll auf die Lohnarbeit wechselnder Art ausgedehnt werden;
2. je nach Lage des Arbeitsmarktes sollen noch weitere Berufsgruppen erfasst werden;
3. bei weiterer Verschlechterung des Arbeitsmarktes soll die Ausdehnung auf alle Arbeitslosen erfolgen;
4. die Unterstützungsdauer in der Krisenfürsorge soll im allgemeinen auf 30 Wochen, für die älteren Arbeiter und Angestellten darüber hinaus verlängert werden. Bereits ausgesteuerte Arbeitslose sollen wieder entsprechend eingereiht werden;
5. die Bedürftigkeitsprüfung soll nach neuen Grundsätzen geregelt werden.

Frau Leutsch (Z.) wünscht vor allem, daß die Regelung der Kostensarbeiten verbessert wird und bringt eine entsprechende Entschließung ein, die von der Sozialdemokratie mit unterstützt wird.

Im Verlauf der weiteren Debatte wurden sowohl von kommunistischer wie auch von bürgerlicher Seite zu der von Müller-Richtenberg begründeten Entschließung Abänderungsanträge eingebracht, die jedoch beide der Ablehnung verfielen. Zur Annahme gelangten gegen eine Widerheit der bürgerlichen Parteien, die einzelnen Abschnitten auch gegen die Kommunisten, die beiden Entschließungen zur Krisenfürsorge und zu den Kostensarbeiten. Die Sozialdemokratie wird sich dafür einsetzen, daß auch das Plenum des Reichstages noch vor den Ferien diese Vorlage zum Ausbau der Krisenfürsorge verabschiedet.

In der im Bericht angezeigten Rede führte

Reichsarbeitsminister Wiffell

im einzelnen aus:

Die rechtliche Lage ergibt sich aus dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, das der Reichstag vor einem Jahr mit sehr großer Mehrheit angenommen hat. Dieses Gesetz kennt zwei Arten der Arbeitslosenunterstützung: die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung, die die wichtigste regelmäßige Leistung der Arbeitslosenversicherung darstellt, und die sogenannte Krisenunterstützung.

An den Kreisen des Ausschusses ist nun der Wunsch nach einer Ausdehnung der Krisenfürsorge rege geworden. Das führt uns zu der Frage, ob und inwieweit der Arbeitsmarkt gegenwärtig die „andauernd besonders ungünstige Lage“ aufweist, die das Gesetz für die Krisenunterstützung verlangt.

Allgemein besteht der Eindruck,

daß die wirtschaftliche Konjunktur einen Rückschlag erfahren hat,

der sich zwar noch in erträglichen Grenzen hält, der aber doch sehr ernste Beachtung verlangt. Dieser Rückschlag ist auf dem Arbeitsmarkt durch die saisonmäßigen Anforderungen von Landwirtschaft und Baugewerbe zu einem guten Teil ausgeglichen worden. Man muß aber mit Sorge der Entwicklung im Herbst und Winter entgegensehen, wenn die saisonmäßige Verschlechterung mit dem Nachlassen der Konjunktur zusammentrifft.

Wie sollen wir uns nun mit der Krisenunterstützung unter diesen Umständen verhalten? Wie Sie wissen, ist der Personenkreis der Krisenunterstützung im Frühjahr dieses Jahres neu abgegrenzt worden. Das ist durch den Erlass meines Amtsvorgängers vom 23. März 1928 geschehen. So wie der Arbeitsmarkt sich gegenwärtig noch darstellt, möchte ich glauben,

daß die Grundzüge des Erlasses vom 23. März bis auf weiteres festgehalten werden können.

Es scheint mir nicht mit dem Gesetz vereinbar, heute schon die Krisenunterstützung für sämtliche Berufe und Bezirke einzuführen.

Dagegen werde ich die einzelnen Anträge, die an mich gelangen, mit Entgegenkommen prüfen. Sollte sich aus diesen Anträgen ergeben, daß in einzelnen Berufsgruppen nicht nur örtlich begrenzte Kostände bestehen, so werde ich diese Berufsgruppen für das ganze Reich einbezichen.

Besondere Schwierigkeiten macht bei allen Entschließungen in der Krisenunterstützung die Gruppe 23 der Arbeitsmarktstatistik, die Gruppe der Lohnarbeit wechselnder Art. Diese Gruppe ist zahlenmäßig sehr umfangreich, und sie enthält Elemente der verschiedensten Art, so die ungelerten Fabrikarbeiter, viele Arbeitnehmer der Hugenberufe und die ausgesprochenen umständlichen Arbeitnehmer, die immer wieder auf dem Arbeitsmarkt erscheinen. Es ist dringend erwünscht, daß diese Gruppe der Arbeitsmarktstatistik aufgeteilt wird. Für jetzt ist es nicht möglich, diese drei verschiedenen Elemente gleichmäßig zu behandeln. Ich will hier meinerseits einen Schritt weiter tun und habe in Aussicht genommen, die Fabrikarbeiter unter den gleichen Voraussetzungen, wie sie dort im Erlass vom 23. März umschrieben sind, meinerseits allgemein in die Krisenunterstützung aufzunehmen.

Nach in einem Punkt scheint es mir notwendig, über die Regelung vom März hinauszugehen. Ich beabsichtige,

die Dauer der Krisenunterstützung für die älteren Angestellten und Arbeiter über die gegenwärtige Grenze hinaus zu verlängern.

und zwar so, daß in Härtefällen diese Personen Krisenunterstützung bis zur Dauer von 52 Wochen erhalten können.

Es ist weiter angeregt worden, die Bestimmungen über die Prüfung der Bedürftigkeit günstiger für die Krisenunterstützten zu gestalten, als es jetzt der Fall ist. Ich bin gern bereit, dieser Anregung nachzugehen. Der Herr Reichsminister hat in der Regierungserklärung gesagt: „Die Reichsregierung sieht in der Unterstützung der Arbeitslosen nur ein letztes Hilfsmittel. Unvergleichlich wertvoller ist alles, was den Arbeitslosen zur Arbeit zurückführt. Die Reichsregierung wird diese Bestrebungen auf jede mögliche Weise fördern.“ Ich weiß, daß diese Sätze völlig mit der Auffassung des Ausschusses übereinstimmen. Das Gesetz vom 10. Juli 1927 enthält einen besonderen Abschnitt, der sich mit der „Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit“ befaßt. Durch die Vorschriften dieses Abschnittes werden die Mittel der Arbeitslosenversicherung für die Arbeitsvermittlung, für die berufliche Fortbildung und Umschulung und für die sogenannte wertschöpfende Arbeitslosenunterstützung eingesetzt. Die Organe der neuen Reichsanstalt haben ein sehr erfreuliches Verständnis für die Bedeutung dieser Aufgaben gezeigt. Allein im Monat März, dem letzten Monat, für den eine abgeschlossene Abrechnung vorliegt, sind mehrere Millionen Mark für Maßnahmen zur Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit ausgegeben worden, darunter anderthalb Millionen für die Krisenunterstützten. Außerdem hat der Verwaltungsrat noch besondere Maßnahmen beschloffen, die der Arbeitsvermittlung für die älteren Arbeitnehmer, insbesondere die älteren Angestellten, dienen. Ich habe mich geirret, daß es eine meiner ersten Amtshandlungen sein konnte, diese Maßnahmen auch auf die Krisenunterstützten zu übertragen.

Ich werde Anträge auf Zulassung weiterer Berufsgruppen in die Krisenunterstützung weisheitsvoll prüfen und Ihnen statgeben, wenn sich zeigt, daß sie durch die Lage des Arbeitsmarktes im einzelnen Berufe und im einzelnen Bezirk gerechtfertigt sind. Sollte sich dabei ergeben, daß die Lage einer Berufsgruppe im ganzen Reich oder in einem großen Teile des Reiches es verlangt, so nehme ich in Aussicht, diese Berufsgruppe als Ganzes in die Krisenunterstützung aufzunehmen. Die Fabrikarbeiter will ich unter den Voraussetzungen des Erlasses vom 23. März schon jetzt allgemein in die Krisenunterstützung aufnehmen. Ich bin bereit, die Verordnung über Krisenunterstützung dahin zu ändern, daß älteren Arbeitnehmern in Härtefällen die Krisenunterstützung bis zur Höchstdauer von 52 Wochen gewährt werden kann. Der Herr Reichsfinanzminister hat dieser Änderung bereits im Grundriss zugestimmt. Ich bin weiter bereit, die Vorschriften über die Bedürftigkeit einer Nachprüfung zu unterwerfen und dabei insbesondere die Anregungen in Betracht zu ziehen, die mir gegeben worden sind. Ich werde endlich alle Maßnahmen mit jedem möglichen Nachdruck fördern, die geeignet sind, die Krisenunterstützten und die ausgesetzten Arbeitslosen, die von der öffentlichen Fürsorge unterstützt werden, zur Arbeit zurückzuführen. Ob diese Maßnahmen ausreichen oder nicht, wird von der Entwicklung des Arbeitsmarktes abhängen, die niemand von uns mit Sicherheit voraussehen kann. Ich werde diese Entwicklung mit voller Aufmerksamkeit verfolgen und bin entschlossen, alle nötigen Folgerungen aus ihr zu ziehen.

Verbandstag der Fabrikarbeiter.

Rechenschaftsbericht des Vorstandes.

Am zweiten Verhandlungstage wurde vom Verbandsvorsitzenden, Genossen Frey, der Bericht des Vorstandes gegeben. Frey hob die Genugtuung über die Verschmelzung mit dem Verbande der Glas- und Porzellanarbeiter hervor, die mehr erbracht habe, als erwartet wurde. Er ging dann auf die Entwicklung der Organisation in den letzten Jahren ein. Allen Schwierigkeiten zum Trotz hat sich der Verband gut entwickelt, doch ist die Organisation dadurch nicht allmächtig geworden. Ein großes Gebiet gilt es noch zu besetzen, die Agitation muß fortgesetzt werden. Die systematische Tätigkeit des Verbandes beweisen

die Erfolge der Lohnbewegungen.

An vorliegendem Material beschäftigte sich der Verbandsvorsitzende mit der unfairen Bühlarbeit der Kommunisten. Es war eine vernichtende Abfuhr, die ihnen hier zuteil wurde.

Kollmann vom Keramischen Bund bestätigte den günstigen Eindruck, den die Verschmelzung mit dem Gesamtverband allgemein hinterlassen hat. Die guten Resultate, die bisher durch die vereinte Kraft erzielt seien, müßten die Veranlassung geben, das Bündnis noch enger und fester zu gestalten.

Der Hauptkassierer des Verbandes, Köhler, war in der Lage, einen günstigen Bericht über die finanzielle Entwicklung der Organisation zu geben. War das Vermögen des Verbandes durch die Inflation vollständig vernichtet, so konnte in den letzten vier Jahren wieder ein ansehnlicher Vermögensstand erreicht werden. Die Hauptkasse hat mit den Lokalkassen zusammen heute einen

Vermögensstand von mehr als 7 Millionen M.,

darunter befinden sich 33 Grundstücke, die eigenen Zwecken dienen. Trotz der günstigen Entwicklung sei doch im Verhältnis der Geldentwertung die gleiche Finanzkraft der Vorkriegszeit noch nicht erreicht. Für Kampfzwecke sei in den letzten Jahren verhältnismäßig mehr Geld ausgegeben als vor dem Kriege. In der gleich

günstigen Lage wie die Hauptkasse befindet sich die übergroße Mehrzahl der Lokalkassen.

Den Bericht der Redakteure eröffnete Prüll-Hannover. Er griff aus der Masse der Zuschriften einige heraus, die sich mit der Schreibweise des „Proletariats“ befassen. Er wandte sich gegen die vermeintliche Einseitigkeit des Blattes; auch ein Gewerkschaftsredaktor muß natürlich eine Meinung und einen politischen Standpunkt haben, er hat aber im großen und ganzen dem zu folgen, was der Organisation nützlich ist. Prüll stellte eine weitere Ausgestaltung des „Proletariats“ in Aussicht. Aus dem Bericht des Redakteurs des „Keramischen Bund“, Reminger, ist die erfreuliche Aufwärtsentwicklung des Blattes hervorzuheben. Die Auflage ist von 165 000 bei der Gründung des Bundes auf 235 000 gestiegen. Reminger wünschte, das Blatt durch rege Mitarbeit noch mehr zum Spiegelbild des Denkens und Fühlens der Mitglieder zu machen.

Die

Ausprache über den Bericht des Vorstandes

war äußerst lebhaft. Sie wurde zum großen Teil von den in Arbeit stehenden Delegierten geführt, was ein Beweis für das große Interesse an den Arbeiten des Verbandstages ist. Die kommunistischen Diskussionsredner wußten neue Argumente nicht anzuführen. Sie erhoben leere Vorwürfe und bewegten sich in den alten Geleisen. Es war erfreulich, daß gerade die im Arbeitsverhältnis stehenden Delegierten diese Angriffe auf den Vorstand und die Tätigkeit der Organisation zurückwiesen. Treffend sagte Kämmer-Berlin, daß die Organisationsverhältnisse dort am schlechtesten sind, wo die sogenannte Opposition das Heft in der Hand hat. Beachtlich waren die Klagen aus den Großbetrieben über die niedrigen Löhne. Die harte und gefährliche Arbeit, wie sie dort geleistet wird, muß auch entsprechend bezahlt werden. Der Verband wird sich zweifellos hierfür mit seiner ganzen Energie einsetzen.

Das Parlament der Bergarbeiter.

Der Vorstand legt Rechenschaft ab.

Magdeburg, 9. Juli. (Eigenbericht.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte der Vorsitzende Waldhecker das Andenken der in der Berichtszeit verstorbenen 1325 Kameraden. Der Verbandstag nahm dann den Geschäftsbericht Hufemann entgegen. Hufemann führte im einzelnen aus: „Als wir 1926 in Saarbrücken tagten, tobte der große Streik in England. Der von den Kommunisten verlangte Generalfreistreit zur Unterstützung der englischen Kameraden wäre ein ungeeignetes Mittel gewesen. Haben doch die deutschen Bergleute in jener Zeit trotz unserer Warnung viel Ueberschichten verloren. Immerhin konnten wir 250 000 Mark an die englische Organisation abführen. Der englische Arbeitstempel gab dem deutschen Bergbau Abfederung, wozu aber auch die allgemeine wirtschaftliche Besserung in Deutschland beitrug. In den Bilanzen großer deutscher Bergwerksgesellschaften spiegelt sich dieser Prozeß starker Kapitalbildung ganz deutlich wider. Trotzdem reden die Unternehmer stets von der Mengenkonjunktur, die nichts einbringe, von der Notwendigkeit, die Arbeitszeit zu verlängern, von Lohnherabsetzungen und von der starken Belastung der Wirtschaft durch die Sozialversicherung und Steuern. Wir sind dagegen der Auffassung, daß die Arbeitszeit soweit als möglich zu kürzen ist und die Löhne zu erhöhen sind.“

Im Ruhrgebiet hatten wir drei Lohnbewegungen, durch die den Bergarbeitern

monatlich etwa 15 Millionen Mark Lohnerhöhung

zugestanden werden mußten. Wir sind mit den Ergebnissen nicht zufrieden. Wir waren aber auch gerüstet für ernste Kämpfe, wie das der Streik im mitteldeutschen Braunkohlengebiet zeigte. Wir brauchen die Macht des vereinten deutschen Bergbauunternehmertums nicht zu fürchten, wenn wir einig und geschlossen sind. Das Unternehmertum steht noch völlig in alten Ideengängen, wie das der „Bergmannstag“ in Berlin zeigte. Ich würde mich schämen, wenn auf unserer Generalfreistreit ein so tiefes Niveau wie auf dem sogenannten Bergmannstag zu verzeichnen wäre. Die organisierten Bergarbeiter und die gesamte organisierte Arbeiterschaft werden die Aufgaben der Zukunft natürlich nur lösen können, wenn wir uns immer stärker in die Wirtschaft einfügen, um dadurch die Wirtschaftsdemokratie durchzuführen und für die Zukunft vorzuarbeiten. Die Bestimmungen des Kohlen- und Kalkwirtschaftsgesetzes und deren Ausführungsbestimmungen enthalten Lücken, die geändert werden müssen.“

Hufemann befahte sich dann mit den Fortschritten in der Sozialpolitik und Sozialversicherung. Ueber die Knappschaftsversicherung führte er aus: „Man kann von den Bergarbeitern nicht verlangen, daß sie alle Kosten, die Krieg und Nachkriegszeit mit sich gebracht haben, allein tragen. Es müßte eigentlich Sache des Reiches sein, einen Teil dieser Kosten durch einen Reichszuschuß abzudecken.“ Hufemann rechtfertigte anschließend die vom Vorstand vorgenommenen Ausschüsse. Sie waren notwendig, um den Verband vor dem Schicksal der kommunistischen Union, nämlich dem völligen Verfall zu bewahren. Der Verband wird in der Öffentlichkeit und auch von den Unternehmern nur ernst genommen, wenn die Mitglieder Disziplin halten und hinter ihrer Führung stehen. Die Zahlstellen, die auf

kommunistisches Kommando Anträge auf Aufhebung unseres Sicherer Beschlusses gestellt haben, werden keinen Erfolg haben. Erst muß die KPD, aufhören, in unsere Gewerkschaften hineinzupfuschen, dann erst läßt sich mit ihr reden.“

Unser Verband ist ein unabhängiger Verband.

der weder von der einen noch von der anderen politischen Partei Befehle entgegennimmt.

Auch die Klagen, daß die „Bergarbeiterzeitung“ die Kommunisten unehrlich bekämpfe, sind unbegründet. Nur bei den allerschlimmsten Verdrachungen und Verleumdungen nimmt unsere Zeitung Stellung gegen die KPD-Pressen. Der Verband ist parteipolitisch unabhängig. Man kann von uns aber nicht verlangen, daß wir zur Wahl einer Partei auffordern, die uns fortlaufend systematisch und in der gemeinsten Weise bekämpft. Da die Sozialdemokratische Partei auch für die Bergarbeiterforderungen immer wirksam eingetreten ist, so kam bei den letzten Wahlen für uns diese Partei in Frage. Hufemann schloß seinen Bericht mit der Aufforderung, sachlich die Arbeit der beiden letzten Jahre zu prüfen und Beschlüsse zu fassen, die zum Segen des Verbandes und der Bergarbeiter Deutschlands ausfallen. (Lebhafte Beifall.)

Anschließend referierte der Sekretär des Bergarbeiterverbandes Balle über Arbeitszeit und Lohnfragen. Wir haben bedeutend größere Fortschritte in der Berichtszeit gemacht als in den Jahren 1925/26. Im Ruhrrevier wurden zwei Lohnbewegungen mit Erfolg durchgeführt. Es war möglich, seit dem 1. Januar 1926 den Lohn je Mann und Schicht um 1,35 M. zu erhöhen. Insgesamt beträgt die Lohnerhöhung im Ruhrrevier für den Tag 540 000 M. und für das Jahr 162 Millionen Mark. Die Lohnerhöhungen in den übrigen Steinkohlenrevieren sind annehmend und denselben Prozentsatz erfolglos. Im Saarrevier machten sich drei Lohnbewegungen notwendig, die mit einem angemeßenen Erfolg endeten.

Besonders hartnäckig zeigten sich

die mitteldeutschen Braunkohlenunternehmer.

die ihren vollen Einfluß auf das Reichswirtschafts- und Reichsarbeitsministerium ausübten, um die Verbindlichkeitsklärung eines Schiedsgerichts zu verhindern, der bedauerlicherweise nur eine geringe Lohnerhöhung vorsah. Trotz Inanspruchnahme des Stahlhelms, der Mobilisierung der Wertvereine und Ordensverteilungen traten unsere Kameraden geschlossen in den Streik, der für 73 000 Arbeiter eine Lohnerhöhung von 11,54 Proz. oder 60 Pf. pro Mann und Schicht brachte. Ähnliche Erfolge wurden auch im Röhner und Aachener Braunkohlenrevier erzielt. Für die Arbeiter in der Kalkindustrie konnten durch Schiedsgerichte und auch durch freie Vereinbarungen Lohnerhöhungen von durchschnittlich 1,10 M. je Mann und Schicht herausgeholt werden.

Da in der Kohlen- und Kalkindustrie die Preise vom Reichskohlenrat oder vom Reichstalarat festgesetzt werden, besteht nicht die Möglichkeit der Abmilderung der Lohnerhöhung auf die Konsumenten. Was den Unternehmern an Lohnerhöhungen genommen wurde, wurde ihnen zum überwiegenden Teile von ihrem Profit genommen. Auch in der Frage der Ausgestaltung des Lohnurlaubs, des Urlaubs für Jugendliche und der Sicherung der Mindestlöhne konnten in zahlreichen Revieren er-

hebliche Verbesserungen erzielt werden. Das Ergebnis der Bemühungen um

die Verkürzung der Arbeitszeit

befriedigt noch keineswegs. Es müssen in Zukunft alle Kräfte darauf konzentriert werden, weitere Verkürzungen der Arbeitszeit herbeizuführen. Die Untersuchungen im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau und die Abschlüsse in der rheinischen Braunkohlenindustrie, besonders aber die in der Kalkindustrie lassen die Beibehaltung der jetzigen Arbeitszeit als das schreiendste Unrecht erscheinen. Besonders in der Kalkindustrie weiß man nicht mehr, wo man die Gewinne verstecken soll. Es gelang, in einigen Revieren Arbeitszeitverkürzungen durchzusetzen. Im Aachener und ober-schlesischen Steinkohlenrevier gelang es, die Arbeitszeit unter Tage um ¼ Stunde auf 8 ¾ Stunden herabzusetzen. Im Ruhrrevier wurde die Arbeitszeit zunächst von 10 auf 9 Stunden und am 1. Mai d. J. abermals um ¼ Stunde herabgesetzt.

Lohntarif der Metallarbeiter.

Der Schiedspruch von den Funktionären angenommen.

Ueber die Annahme oder Ablehnung des Lohnschiedspruchs für die Berliner Metallindustrie hatten die Funktionäre der VBB-Betriebe gestern abend zu entscheiden. Die Wichtigkeit dieser Entscheidung hatte die Funktionäre vollständig mobilisiert. Die sogenannte Opposition verteilte auf der Straße „aufklärende“ Flugblätter, in denen die Funktionäre aufgefordert wurden, den Schiedspruch abzulehnen. Es hatte jedoch niemand den Mut aufgebracht, das von Verdrachungen der Tatfachen und Beschimpfungen der Organisation strotzende Flugblatt mit seinem Namen zu bedecken. Das Flugblatt der „Opposition im Deutschen Metallarbeiterverband“ war verantwortungslos gezeichnet.

Der Vorsitzende des Metallartikels, Genosse Ulrich, schilderte zunächst kurz die vergeblichen Bemühungen des Metallartikels im vorigen Jahre

um den Abschluß des Lohnartikels

für die Berliner Metallindustrie und verpflüchtete dann den vom stellvertretenden Berliner Schlichter Bauer gefällten Schiedspruch, der im „Vorwärts“ am Sonnabend veröffentlicht wurde. Ulrich unterlegte dann die Frage, ob es ratsam sei, diesen Schiedspruch anzunehmen oder abzulehnen.

Wenn selbst von den kommunistischen Funktionären behauptet wurde, daß die Konjunktur in der gesamten deutschen Metallindustrie sich auf absteigender Linie bewege, dann müßten alle Metallarbeiter darauf bedacht sein, ihre Löhne tarifarisch zu verankern.

Deutlich stehe fest, daß in den Branchen und Gruppen, die ihre tarifliche Lohnregelung nie fallen ließen, die Löhne wesentlich mehr erhöht wurden, als in der ohne Lohnartikel arbeitenden Berliner Metallindustrie. Als treffendes Beispiel dafür sei nur an die allmähliche aber stetige Lohnsteigerung bei den Hilfsarbeitern der Berliner Metallindustrie erinnert. Die Spuren der Krisenjahre 1925 und 1926 müßten jeden Facharbeiter der Metallindustrie schrecken. Die Annahme dieses Schiedspruches, trotzdem er in der Lohnhöhe unbefriedigend ist, würde bedeuten, daß es den Metallindustriellen unmöglich gemacht wird, vor Ende April 1929 die Löhne abzubauen.

Nachdem Genosse Ulrich noch der Behauptung der „Roten Fahne“ entgegengetreten war, wonach angeblich mit Ausnahme der Hilfsarbeiter kein Metallarbeiter und keine Metallarbeiterin durch den Schiedspruch in den Genuß einer Lohnzulage komme, gab er den nach eingehender Beratung gefaßten Beschluß des Metallartikels bekannt, den Funktionären die Annahme dieses Schiedspruches zu empfehlen.

Diese Mitteilung wurde von der „Opposition“ mit Prüf-Rufen quittiert. Ulrich ließ gar keinen Zweifel darüber, daß bei einer Ablehnung des Schiedspruches der tarifarische Zustand weiter bestehen würde, da es die Organisation wegen des leider immer noch ungenügenden Organisationsverhältnisses nicht verantworten könne, die Metallarbeiter zum Kampfe aufzurufen. Dann müßte eben der Verlust des Abschlusses eines Lohnartikels für die Facharbeiter der Berliner Metallindustrie solange zurückgestellt werden, bis die „revolutionären Unorganisierten“ den Weg zur Organisation gefunden haben.

Die Ausführungen Ulrichs wurden, von einigen Zwischenrufen abgesehen, mit der größten Ruhe angehört.

Ein Antrag auf Ablehnung des Schiedspruches durch Hebergang zur Tagesordnung wurde mit erdrückender Mehrheit abgelehnt. Angenommen wurde dagegen ohne Widerspruch ein Antrag auf Beschränkung der Redezeit auf 15 Minuten.

Die Diskussion, in der drei Redner für die Ablehnung und zwei für die Annahme des Schiedspruches sprachen, wurde ohne Widerspruch der Versammlung durch einen Schlußantrag beendet. Nach einem kurzen Schlußwort von Ulrich schritten die Funktionäre zur Abstimmung. Da in den früheren Funktionärenversammlungen die Abstimmung fast immer angezweifelt worden war, wurde diesmal eine geheime Abstimmung vorgenommen. Sie ergab mit 459 Stimmen gegen 439 Stimmen bei 12 ungültigen Stimmen die Annahme des Schiedspruches.

Freie Gewerkschafts-Zuaend Groß-Berlin

Heute, Mittwoch, 19. Uhr, tagen die Gruppen: Baumkalkweg; Gruppenheim Jugendheim Ernststr. 16. Vorträge: „Sozialistische Lebenshaltung und sozialistische Umwälzung.“ — Eiben, Schwaben; Gruppenheim Städtisches Jugendheim Porststr. 11 (Hohenzollernstr.). Vortrag mit praktischer Demonstration: „Arbeitslose bei Unfallsfällen.“ — Reußner; Gruppenheim Jugendheim Porststr. 29, Hof. Vorträge: Die Bedeutung des Arbeitererbes. — Wittenberg; Gruppenheim Wittenberg, Porststr. 11. Vorträge: „Der alte Berliner Bauer.“ — Jentzen; Gruppenheim Jugendheim Reichenstr. 24/25. Vorträge: Die Jugendbeschäftigungen und unsere Forderungen. — Wittenberg; 18 Uhr: „Republikanische Bewegung: Spiel und Tanz auf der großen Wiese im Schillerpark. Offizieller Sport, Spiel und Tanz auf dem Sportplatz Friedrichshagen, an der Eblinger Straße.“

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute sind folgende Veranstaltungen: Offener Jugendheim der Schule Hlawer Str. 18. Vorträge: Der neue Reichstag und die Angestellten. — Stalauer; Gruppenheim der Schule Köpcke Str. 61. Vorträge: Wie wird nur gelacht? — Weibing; Gruppenheim Jugendheim Schönholzstr. 1 (Weddingstr. 22.). Wir lesen aus Jack London's Berlin. — Reußner; Gruppenheim Böhmische Straße 14. Vorträge: Der letzte Pöbel. Referent: Dr. Max Schütte. — Roth; Realgymnasium Schlegelstr. 14. „So lebe in die Welt.“ — Herberich; Realgymnasium Wilmersdorf. — Spandauer Jugendheim Lindenauer 1. Bilder- und Vortragsabend im Freien. — Eblitz-Tempelhof; Jugendheim Brangelstr. 128. Ausspracheabend: „Körperpflege ein- und legt.“

Verantwortlich für Postamt: Viktor Schiff; Wirtschaft: G. Klein; Generalsekretär: H. Schuler; Kassier: Dr. John Schifkowski; Dolmetscher: und Sonstige: Felix Karst; Kassier: Th. Glöck. Amtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag, Berlin und Berlin-Verlag Post-Singer u. Co., Berlin SW 68. Einzelpreis 2 Pfennig 2 Pfennig und „Unterhaltung und Wissen“.



Verfassungstag — Nationalfeiertag!

Eine Kundgebung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

Sicherlich war es bei der Kundgebung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, die gestern abend auf dem Gendarmenmarkt stattfand, durch die Kürze der Zeit nicht möglich gewesen, eine großjüngliche Propaganda zu entfalten. War doch die Erklärung des Reichstages, Genossen Hermann Müller, daß unter den Vorlagen, die das neue Kabinett dem Reichstage vom 20. Mai vorlegen würde, sich auch der Entwurf über die Erhebung des 11. August zum Nationalfeiertag befände, erst vor wenigen Tagen erfolgt! Trotzdem war der Gendarmenmarkt gefüllt.

Der Redner schaute von der historischen Tribüne, von der aus vor sechs Jahren unser verstorbener Ebert sprach, herab auf Massen, die gekommen waren, um für die Republik Zeugnis abzulegen und zu sagen, daß der Gedanke von Weimar im deutschen Volke feste Wurzeln gefaßt hat. Immer neue Kolonnen von Reichsbannerkameraden marschierten heran, immer wieder hörte man die Hieder und Märsche, die heute schon Gemeingut aller deutschen Republikaner geworden sind:

In Kümmeris und Dunkelheit
Da muhten wir sie bergen,
Seht haben wir sie doch befreit,
Befreit aus ihren Särge!

Schwarzrotgold hat sich durchgelehrt, das sah man gestern wieder, und der Massenmarsch auf dem Gendarmenmarkt bewies, daß die Republik steht und daß gerade die Berliner fest entschlossen sind, die neue Staatsform allen Anfeindungen der Reaktion zum Trotz zu verteidigen und zu sichern.

Die Fahnenträger marschierten auf, ein imposanter Anblick. Dann spricht, oft von stürmischem Beifall unterbrochen, der Gauvorsitzende des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Genosse Stellung.

„Kameraden! Sie sind der Parole gefolgt und hier zusammengekommen, um noch einmal zu mahnen, noch einmal zu fordern: Verfassungstag muß Nationalfeiertag werden! Wir hören die Stimmen, die da sagen: Noch ein neuer Feiertag? Wir aber wollen nur, daß endlich der Tag gefeiert wird, den wir im Herzen und mit unseren Kundgebungen

Schon seit Jahren zum Nationalfeiertag

nemacht haben. Wir wollen, daß endlich die Idee der Republik, die in der Weimarer Verfassung verankert liegt, bekräftigt wird dadurch, daß der Tag, an dem diese Verfassung dem Volke gegeben wurde, Feiertag ist. Die Weimarer Verfassung ist heute kein Stück Papier mehr. In jahrelanger Arbeit haben die Volksvertreter und mit ihnen Hunderttausende von Reichsbannerkameraden am Aufbau der Republik mitgearbeitet. An der Republik allein hat sich das deutsche Volk nach der entsetzlichen Niederlage 1918 wieder aufzurichten können. Wir wissen, daß die deutsche Reichsverfassung in Notzeiten entstanden ist und auch eine Reihe Mängel enthält. Sie ist verbesserungsbedürftig, das haben wir in den letzten Jahren mehrfach betont. Wir wären aber zufrieden, wenn zunächst einmal alle Paragraphen dieser Verfassung durchgeführt würden. Um dieses Ziel von Weimar in die Herzen der Staatsbürger einzubämmern, wollen wir, daß dieser Tag Nationalfeiertag werde. In späteren Abendsstunden haben sich heute die Volksvertreter mit der Vorlage des Reichsinnenministers Severing beschäftigt.

Nach langen Reden wurde die Vorlage an den Rechtsausschuß verwiesen.

(Stürmisches Hui!) Wir wollen noch nicht Hui rufen, wir wollen noch abwarten, wie der Rechtsausschuß sich zu dieser Frage stellen wird. Ich hoffe, und mit mir alle überzeugten Republikaner, daß die heutigen Reden im Reichstag vielen Abgeordneten die Augen geöffnet haben. Die deutschen nationalen Abgeordneten verlangen, daß zum mindesten erst ein Gedächtnis für die

Gefallenen des Weltkrieges geschaffen wird. Wir sind nicht gegen einen solchen Tag. Aus den Reihen der Volkschichten, die heute im Reichsbanner zusammengeschlossen sind, sind die größten Opfer während des Krieges gebracht worden. Wären heute diese Gefallenen unter uns, sie würden uns sicher sagen, daß es beschämend für die deutsche Republik ist, daß nach neunjährigem Bestehen noch immer kein Verfassungstag gefeiert wird.

Heute abend richten wir mit dieser Massenkundgebung und mit all den Kundgebungen, die wir im Reichsbanner veranstalten, einen letzten dringlichen Appell an die Volksovertretung. Mit aller wünschenswerten Deutlichkeit wollen wir noch einmal erklären, daß das deutsche Volk in seiner übergroßen Mehrheit den Wunsch hat, daß der Tag, an dem Deutschland durch die Annahme einer neuen Verfassung zu einem freien Volksstaat geworden ist, gefeiert werden muß.

Mann für Mann werden wir uns, da es sich um eine Nachfrage handelt, diesen Tag erkämpfen und erzwingen.

Auch wenn der Reichstag dieses Gesetz gegen den Willen des Volkes nicht durchbringt, werden wir uns diesen Tag als Nationalfeiertag erobern. Es ist eine ideale Sache, für die wir die Herzen und Köpfe und die deutsche Jugend begeistern.

Begeistert stimmten die Massen in das Hoch auf die deutsche Republik ein. Die Reichsbannerhymne wurde noch einmal angestimmt. Entschloßen Hauptes sangen sie die Massen der Erschienenen. Der Anmarsch vollzog sich ohne jede Störung. Die schwarzrotgoldenen Banner der Republik an der Spitze, die Kapellen, die republikanische Melodien intonierten, dahinter. So zog man in die Bezirke zurück, nachdem man den Willen befundet hatte, daß endlich nach neun Jahren Republik der Verfassungstag Nationalfeiertag werden solle.

Dörr nimmt keine Ladungen an.

Wohl aber Landtagsdiäten.

Am Dienstag früh stand wiederum, und zwar zum zweiten Male die Verfassungsüberhandlung in dem Fall des früheren kommunalpolitischen Landtagsabgeordneten und Führers der kommunalpolitischen Stadtverordnetenfraktion Dörr vor der großen Verfassungsstrafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Ohnesorge an. Der Prozeß hat eine eigenartige Vorgeschichte.

Nachdem Dörr vom Großen Schöffengericht Wedding wegen Untreue in Lateinisch mit Unterschlagung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war, hatte er ebenso wie die Staatsanwaltschaft gegen das Urteil Berufung eingelegt. Im Oktober sollte vor der Verfassungsstrafkammer die Affäre Dörr, der mit seiner Partei inzwischen in Differenzen geraten war, aber kein Abgeordnetenmandat bis zum Schluß des Bandtages beibehalten hatte, nochmals aufgerollt werden. Der Angeklagte Dörr war aber nicht erschienen. Seine Ehefrau erklärte für ihn, daß er in Berlin herumirre und die Wohnungen nicht gefunden habe. Dem Antrag des Staatsanwalts gemäß wurde die Berufung des Angeklagten auf dessen Kosten von der Strafkammer verworfen, während Staatsanwaltschaftsrat Dr. Löffler die von ihm eingelegte Berufung des seiner Meinung nach zu geringen Strafmaßes in der Schwebe ließ. Gegen den Beschluß der Strafkammer hatte R. M. Dr. Georg Cohn für den Angeklagten Dörr Revision beim Reichsgericht angemeldet mit dem Erfolge, daß das Reichsgericht das Urteil der Verfassungsstrafkammer auf Verwerfung der Berufung des Angeklagten wegen nicht ausreichender begründeten Fernbleibens aufhob und zur nochmaligen Prüfung an die Vorinstanz zurückverwies. In dem Reichsgerichtsurteil heißt es, daß die Strafkammer nicht unzweifelhaft bejahen habe, daß Dörr bei seinem Geisteszustand imstande war, die Bedeutung der Ladung zu erkennen.

Zu der getriggen Verhandlung war Dörr wieder nicht erschienen. Auch ein Anwalt war für ihn nicht da. Frau Dörr gab dem Gericht die Auskunft, daß ihr Mann Zuschriften nicht annehme. Sie habe sich mit ihm getroffen und er habe ihr erklärt, daß er sich ein Bureau eingerichtet habe und für eine Reihe von

Zeitungsbetriebe, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Löffler hielt den Angeklagten nicht für geistesgestört. Nach der amtlichen Auskunft habe Dörr nach der vorigen Verhandlung im Oktober bis zum Schluß des Bandtages den Landtag an der Verhandlung teilgenommen, sich dort eingeschrieben und die Diäten bezogen. Er beantragte daher, die Berufung des Angeklagten wiederum zu verwerfen. Die Berufungsstrafkammer stellte ausdrücklich fest, daß der Angeklagte Dörr sich nicht in dem Zustand einer Geistesverwirrung befände und daß ihm die Bedeutung der ihm ordnungsgemäß zur ersten Hauptverhandlung klar erkennbar gewesen sei. Zu der neuen Verhandlung sei er durch Anschlag an der Gerichtstafel durch zweimöglicher Ausgang geladen worden. Aus allen diesen Gründen wurde die Berufung des Angeklagten Dörr auf dessen Kosten verworfen.

Ein Deutscher als russischer Spion.

Spionageaffäre bei der Versuchsanstalt für Luftfahrt.

Wie das Reichsvertehrministerium mitteilt, ist ein seit wenigen Wochen bei der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt in Adlershof tätiger Angestellter unter dem dringenden Verdacht, wissenschaftliche Arbeiten an eine fremde Macht verkauft zu haben, festgenommen worden. Der Angeschuldigte, Regierungsbaumeister L., ist verdächtig, auch in früheren Stellungen bei zwei Flugzeugwerken ähnlich gehandelt zu haben.

Wie die Berliner BS-Korrespondenz zu dieser Spionageaffäre erzählt, ist die Verhaftung des Regierungsbaumeisters L. bereits vor 14 Tagen erfolgt. Gleichzeitig sind zwei seiner Helfershelfer, die wohl die Verbindung mit der in Frage kommenden ausländischen Macht aufrechterhalten haben, aber nicht selbst bei der DBL tätig waren, festgenommen worden. Nach unseren Informationen soll L. für Rußland gearbeitet haben. Seine Verfehlungen, an deren Aufdeckung in ihrem ganzen Umfang noch gearbeitet wird, bestanden in der Hauptsache darin, daß er

Konstruktionszeichnungen neuer deutscher Flugzeugtypen für hohe Summen an das Ausland verkauft

hat. Die Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt erhält bekanntlich auf Grund der für die Abnahme von Luftfahrzeugen vorgeschriebenen Prüfordnung alle technischen Unterlagen, und zwar sowohl Zeichnungen wie Berechnungen von den verschiedenen Flugzeugfirmen, deren Erzeugnisse dann von der Versuchsanstalt auf Grund der vorgenommenen Kontrollen und der Musterprüfung für den Luftverkehr offiziell zugelassen werden müssen. Auf diese Weise erhalten die Angestellten in den einzelnen Abteilungen der DBL Einblick in die betreffenden Konstruktionsdetails, und es scheint, als ob Regierungsbaumeister L. nun diese Kenntnisse, die natürlich absolut vertraulich zu behandeln waren, für sich entsprechend ausgenutzt hat. Daneben hat er wahrscheinlich auch Forschungsmaterial preisgegeben, das von der DBL auf Grund der bei dieser Anstalt geleisteten wissenschaftlichen Arbeit für die deutsche Flugzeugindustrie zusammengestellt worden war, wobei es sich natürlich ebenfalls um Betriebsgeheimnisse handelt, deren Verrat an das Ausland eine Schädigung der deutschen Interessen bedeutet.

Für Rußland hatten diese Forschungsarbeiten eine besondere Bedeutung, weil die Sowjetregierung seit langem bemüht ist, die russische Luftfahrt vom nationalen Standpunkt aus neu aufzubauen und möglichst vom Auslande unabhängig zu machen. Der Umfang der ganzen Spionageangelegenheit läßt sich noch gar nicht übersehen, weil auch die weiter zurückliegende Tätigkeit L.'s bei mehreren deutschen Flugzeugwerken nachgeprüft werden muß.

Der Haveltschübe ermittelt.

Von Alt-Tornow bei Potsdam aus wurden seit mehreren Tagen verschiedentlich Schüsse über die Havel weg abgegeben, die unmittelbar neben Wasserportieren einschlugen. Einige Schüsse trafen auch die gegenüberliegende Werft vom Stahlwerk. Der Potsdamer Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, den Täter in der Person des Grundstücksverwalters Schulz vom Küssel-Potsdam festzunehmen. Man fand bei Schulz eine Kleinfalberbüchse mit 6 Millimeter Munition.

Die Nacht nach dem Verrat.

4) Roman von Liam O'Flaherty.

(Aus dem Englischen übersetzt von R. Hauser.)

Er grunzte: „Schiefgewickelt bist du immer gewesen, und das Frühlingswetter scheint dich auch nicht besser zu machen. Halt 'ne Minute den Atem an, dann will ich schon erzählen. Deine Botschaften hab' ich ausgerichtet an deinen Vater und deine Mutter und an das Exekutivkomitee. Dein Alter hat mich aus dem Haus gejagt wie einen Hund und verflucht bei Hölle und Schwefel. Deine Mutter ist mir nachgelaufen, geweint hat sie und hat mir zehn Schillinge in die Hand gedrückt, die ich dir geben sollte. Ausfindig machen konnt' ich dich nicht, und dreadig ging's mir selber, so sind sie denn alle geworden. Na und ...“

McPhillip unterbrach ihn mit einem gemurmelten Fluch. Dann bekam er einen Anfall seines Hustens; als er vorüber war, fuhr Gypo fort: „... Na, und was mit dem Exekutivkomitee passiert ist, weißt du selber. Sie haben ja einen geschickt, der's dir sagen sollte. Ich konnt' ich ihnen nicht verdenken, daß sie 'nen Brief an die Zeitungen schickten, daß sie nichts zu tun hätten mit dem Streik. Gelogen ist ja doch alles, und wer kümmert sich drum. Aber ich kann dir versichern, daß sie mich beinahe totgeschossen hätten, als ich hintam und berichtete. Kommandant Galagher war drauf und dran, Leute auszuschicken, die dich erschließen sollten, aber 'ne Menge anderer Leute mischten sich drein, und so ließ er's. Immerhin, mich haben sie rausgeschert aus der Organisation und dich auch, und du weißt doch, Francie, daß ich nichts zu tun hatte mit dem Schuß. Und ...“

„Hol dich der ...“ sagte McPhillip ärgerlich, aber wieder packte ihn der Husten.

Ohne von dem Anfall Notiz zu nehmen, fuhr Gypo fort: „Die Polizei nahm mich fest, aber Beweise konnt' sie nicht finden; so gaben sie mir eine böse Abreibung und schmissen mich raus. Nun laß' ich so herum, kein Hund will mich ansehen, hab' nichts zu freßen.“

McPhillip kam wieder zu Atem: „Was geht das Exekutivkomitee mich an! Ich will nichts hören von Exekutivkomitees und von der Organisation. Verdammte sei die

ganze Blase! Ich will hören, wie's meinem Vater und meiner Mutter geht. Wie ist das mit ihnen, Gypo?“

Gypo blähte seine dicke Unterlippe und starrte mit ausgeprägten Augen auf McPhillip. In seinen trägen Augen schien ein Ausdruck von Traurigkeit zu liegen, aber er war schwer zu erkennen. Seine Züge waren so roh und grob, daß jener Ausdruck, der in einem anderen Gesicht Trauer bedeuten hätte, in dem seinen nur Erstaunen war. Zum ersten Male bemerkte er die bleiche Farbe von McPhillips Gesicht, die hektische Röte, die Hustenanfälle, seine zuckenden Bewegungen und den augenscheinlichen Schrecken in seinen Augen, die sonst immer furchtlos gewesen waren.

Mit seiner tiefen, langsamen und leidenschaftslosen Stimme sagte er: „Francie, du bist krank, Mann Gottes, aussehen tußt du wie einer, der im Sterben liegt.“

McPhillip sah auf und blickte wild um sich, als erwartete er hinter seinem Rücken lauend den Tod zu sehen.

Gypo fuhr fort: „Nimm einen Bissen, s wird dir warm machen.“ Gleichzeitig begann er selbst wiederum zu essen, finstern wie ein großes Tier bei dem einzigen Wahl seines Tages. Seine großen roten Hände mit den kurzen Stumpfen der Finger hielten Messer und Gabel so gewichtig, daß diese gebrechlichen Instrumente in Gefahr schienen, zerdrückt zu werden wie irgendein zierlicher Gegenstand im Griff eines Elefantentrüffels.

McPhillip folgte nicht der Einladung. Einige Sekunden starrte er mit ärgerlich gerunzelter Stirn das Essen an, als müsse er sich befinden, was das sei und wozu es da sei; dann sprach er wieder: „Ich weiß, mit mir geh's zu Ende, Gypo, und darum bin ich hergekommen. Ich hab' die Schwindsucht.“

Gypo sah auf. Ein verrückter und ungeheuerlicher Gedanke besaß ihn in diesem Augenblick.

„Ich kam, um mir von meiner Mutter etwas Geld zu holen, und sehen wollte ich sie, bevor es mit mir aus ist. Großer Gott, schrecklich war das in den Bergen, den ganzen Winter lang, immer mit der Pistole in der Hand, Tag und Nacht, schlafen in Löchern, in den Steinen, und die ganze Nacht bläst der Wind um einen herum und heult wie eine Horde Teufel, und jeder Windstoß spricht mit der Stimme eines Mannes, und ich siege da und höre die Stimmen. Großer Gott ...“

Wieder fing er an zu husten und mußte aufhören.

Gypo hörte kein Wort von dem, was er sagte. Ein furchtbarer Gedanke war in seinen Kopf geschlichen wie eine blutdürstige Bestie aus der Wildnis in eine Siedlung, wo kleine Kinder allein sind. Er hörte weder McPhillips Worte noch sein Husten, obwohl jener Gedanke mit McPhillip in Verbindung stand.

„So sagte ich mir denn, daß ich gerade so gut in die Stadt kommen könnte, als da draußen verreden an Kälte und Hunger und an dem Husten. So bin ich hergekommen, um dich zu sehen, Gypo, und erst mal zu hören, was los ist. Wird das Haus bewacht?“

„Ach was — Wache.“ Gypo antwortete plötzlich und streckte dann mit einem kleinen Ausruf seine Rechte gegen McPhillip aus. Seine Augen waren wild, der Mund stand weit offen wie der Mund eines Mannes, der ein Gespenst erblickt. Sein Geist war auf jenen Oger gerichtet, der sich in sein Gehirn einbohrte.

McPhillip lehnte sich über den Tisch. Seine Augen verengten sich allmählich zu starrer Wildheit. Seine Lippen kräuselten sich, die Stirn geriet in Falten. Er begann zu zittern: „Wie ist es damit, Gypo, heraus mit der Sprache oder ...“ Er machte eine schnelle Bewegung mit dem Gelenk der Hand, die die Pistole preßte. „Die Polizei ist hinter mir her, und ich bin am Berreden, mir kommt es nicht darauf an, wie ich die vierundzwanzig Schuß gebrauche, die ich noch habe. Ich habe die Patronen hübsch angefeilt, damit es ordentliche Löcher gibt. Für mich selber ist auch noch eine da. Er erbeute wie im Gedanken an ein zärtliches Vergnügen. Er schimpfte drohend und zog den Kolben der Pistole halb aus der Tasche. Seine Stimme war beinahe unhörbar. „Sag mir die Wahrheit, wie die Sache steht, und mach' mir nichts vor oder ich mach' dich hin.“

Die Hand an der Pistole, den rechten Arm steif an der Schulter, jeden Augenblick schußbereit, starrte er Gypo an. Gypo sah ihm in die Augen, er zeigte keinerlei Erregung, weder Furcht noch Ueberraschung. Mit dem Nagel seines rechten Zeigefingers entfernte er eine zwischen den Zähnen hängengebliebene Fleischpartie. Er schmatzte mit den Lippen und zog die Schulter hoch. Das Gespenst war plötzlich aus seinem Kopf verschwunden, er konnte nicht erfassen, was es war.

(Fortsetzung folgt.)

Die Reichsflagge auf der Propstei.

Berlin soll auf seinen eigenen Gebäuden nicht flaggen dürfen.

Unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Schmidt beschäftigte sich am Dienstag eine Zivilkammer des Landgerichts I mit der Klage, die die Stadt Berlin gegen den Propst von Berlin, Generalsuperintendenten D. Haendler und die Gemeindefürsorge von Sankt Nikolai und St. Marien angestrengt hat. Es handelt sich um die Feststellung, daß dem Propst und den Kirchenräten ein Einspruch gegen die Beflaggung städtischer Gebäude mit den Reichsorden nicht zulässig ist.

Der Streit ist anlässlich des 80. Geburtstag des Reichspräsidenten entstanden, als plötzlich auf dem der Stadt gehörigen Gebäude Propststraße 7 zwei Arbeiter im Auftrage des Bezirksamts Mitte erschienen, die

auf der Propstei die Reichsflagge hissen wollten.

während der Propst sich weigerte, diese Beflaggung geschehen zu lassen, weil die Kirche ihre eigene Kirchenfahne habe, und das Propsteigebäude kirchlichen Zwecken diene. Das Bezirksamt Mitte wurde in der gestrigen Verhandlung durch Rechtsanwalt Lindner vertreten, während dem Propst von Berlin und den beiden Gemeindefürsorge Dr. Hahn, der selbst Mitglied der Provinzialsynode und stellvertretendes Mitglied der Generalsynode ist, zur Seite stand. Der Vorsitzende regte zunächst an, die Streitfrage auszusetzen, bis der dem Preussischen Landtag vorliegende Gesetzentwurf über die Beflaggung öffentlich-rechtlicher Gebäude, in dem den Religionsgemeinschaften das Recht zugesprochen wird, eine eigene Flagge zu hissen, entschieden sei. Die Vertreter der beiden Parteien gingen aber auf diese Anregung nicht ein, und zwar betonte Justizrat Dr. Hahn, daß dieser Gesetzentwurf nur eine Legalisierung des bestehenden Zustandes für die Kirche bedeute, während Rechtsanwalt Lindner mit Rücksicht auf den bevorstehenden Verfassungstag eine Entscheidung des Prozesses wünschte. R. A. Lindner unterbreitete dann dem Gericht seine Anträge, und zwar soll das Gericht feststellen, daß die Stadt das Recht hat, an den städtischen Gebäuden Ornamente und Schmuck an den Fassaden anbringen zu lassen und an Tagen, an denen die öffentlichen Gebäude beflaggt sind, die Reichsfahne hissen zu lassen. Der zweite Antrag war in Form einer Beflaggungsklage des Inhalts gefaßt, daß

der Propst und die Gemeindefürsorge die Hiszung der Reichsflagge auf dem Gebäude der Propstei zu dulden haben.

In Begründung dieser beiden Anträge betonte R. A. Lindner, daß das Eigentum der Stadt unbeschränkt grundbuchlich eingetragen sei und daß dem Propst lediglich ein Wohnrecht zuliebe. Das Reichsgericht habe im Jahre 1885 in einem Rechtsstreit über die Eigentumsverhältnisse an der Petri-Kirche entschieden, — es handelte sich damals um die Frage der Reparaturleistung — daß dem Propst lediglich ein Wohnrecht auf die benutzten Wohnräume zuliebe. Weiter könne der Propst nichts verlangen. Da die Stadt aber Eigentümerin des Gebäudes sei, sei sie berechtigt, Schmuck und Fahnen an der Propstei und natürlich auch die Reichsfahne anzubringen. Die Stadt wolle gar nicht die Reichsfahne aus der Wohnung des Propstes, sondern lediglich auf dem Dach des Gebäudes hissen und habe auch gar nichts dagegen, wenn neben der Reichsfahne die Kirchenfahne wehe. Wenn die Kirchenbehörde erkläre, sie wolle deshalb nicht die Reichsfahne hissen, um nicht in den politischen Flaggenstreit hineingezogen zu werden, so muß demgegenüber gesagt werden:

Es kann gar kein Streit mehr darüber sein, welches die Reichsfahne ist. Diese Frage ist schon längst durch Reichsrecht und die Verfassung entschieden.

Auch was die bestrittene Aktiolegitimation angeht, so sei das Bezirksamt Mitte auf Grund des Gesetzes Groß-Berlin berechtigt, den Magistrat zu vertreten. Justizrat Dr. Hahn betonte demgegenüber, daß auf Grund der Reichsverfassung die Kirche berechtigt sei, ihre kirchlichen Angelegenheiten selbst zu ordnen und daß das Verlangen der Stadt deshalb eine Einmischung in die kirchlichen Angelegenheiten bedeute, die man sich verbitten müsse. Die kirchlichen Behörden hätten eine eigene Kirchenfahne geschaffen, um nicht in den ungeliebten

Flaggenstreit hineingezogen zu werden, der das deutsche Volk zerriß und immer noch zerreiße. Was die Eigentumsverhältnisse an der Propstei betreffe, so stellt sich Justizrat Dr. Hahn auf den Standpunkt, daß der Propst von Berlin auf Grund des allgemeinen Landrechts ein Wohnrecht, Nutzung und Nießbrauch an dem Gebäude habe, und daß nach dem jetzigen bürgerlichen Gesetzbuch die Stadt nur ein beschränktes Eigentum an dem Gebäude habe und aus diesem Grunde nicht die Beflaggung vorschreiben dürfe, wie dies ja auch ein Vermieter oder Verpächter eines Gebäudes nicht tun könne. Zum Beweise dieser

alten Rechtsverhältnisse, die sich zum Teil auf das Kirchenrecht des 16. Jahrhunderts stützen,

legte Justizrat Dr. Hahn ein Gutachten des Lic. Torge, dem Vorstandsmittglied des Vereins für die Geschichte Berlins, vor. Des weitern erwähnte Justizrat Dr. Hahn, daß beispielsweise katholische Kirchen in Köln, die sich in Gebäuden des preussischen Staates befinden, auch stets die erzbischöfliche Fahne gezeigt hätten, ohne daß jemand daran Anstoß genommen habe. Lediglich die Stadt Berlin wolle einen politischen Streit, den Flaggenstreit, auf Grund des Zivilrechts zum Austrag bringen, während es sich um eine öffentlich-rechtliche Angelegenheit handle.

R. A. Lindner stellte sich demgegenüber auf den Standpunkt, daß die Eigentumsverhältnisse an der Propstei völlig unbestritten seien. Die Stadt habe das Gebäude neu aufgebaut und es trage auch als Wappen den Berliner Bären. Nach weiteren Auseinandersetzungen unterbreitete R. A. Lindner einen neuen Schriftsatz, worauf Justizrat Dr. Hahn um eine Erklärungsfrist bat, falls darin neue Tatsachen enthalten seien. R. A. Lindner forderte, falls die Entscheidung des Gerichts nicht vor den Ferien falle, die Angelegenheit mit Rücksicht auf den Verfassungstag, den 11. August, als Ferienfrage zu erklären, eine Forderung, der die Gegenseite jedoch widersprach.

Die Zivilkammer beschloß dann auf Grund dieser von den Parteien gestellten Anträge weitere Beweiserhebungen. Zunächst wird der Klägerin, dem Bezirksamts Berlin-Mitte, aufgegeben, ihre Aktiolegitimation nachzuweisen und den Beweis dafür zu erbringen, daß das Bezirksamt auf Grund des Ortsgesetzes vom 15. Dezember 1920 und der Verordnung vom 10. Februar 1921 befugt ist, den Magistrat in dieser Angelegenheit zu vertreten. Des weitern muß das Bezirksamt Mitte nachweisen, daß die Stadt Berlin wirklich unbeschränkte Eigentümerin des Propsteigebäudes ist, zu welchem Zweck vom Gericht die Grundbuchakten herangezogen werden sollen. Der Beklagte, der Propst von Berlin, Generalsuperintendent Dr. Haendler und die Gemeindefürsorge von St. Nikolai und St. Marien haben andererseits den Nachweis zu führen, daß dem Propst von Berlin das Wohnrecht, die Nutzung und der Nießbrauch an dem gesamten Grundstück Propststraße 7 zuliebe. Zum Beweise dessen werden vom Beklagten die

historischen Dokumente über die Eigentumsverhältnisse,

die bis auf das 16. Jahrhundert zurückgehen, herangezogen werden. Ferner hat sich das Gericht nach mit der Beauftragung der beklagten Partei beschäftigt, daß es sich bei dem Flaggenstreit um eine Frage des öffentlichen und nicht des zivilen Rechts handle. Das Gericht hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß der vom Bezirksamt Mitte bestrittene Rechtsantrag der Zivilkammer zulässig sei, da es sich in rechtlicher Hinsicht lediglich um die Frage der Eigentumsverhältnisse handle. Der Antrag der Klägerin, den Propst, falls es vor den Gerichtstermin nicht mehr zu einer Entscheidung kommt, als Ferienfrage zu erklären, wurde vom Gericht mit Rücksicht auf die Wichtigkeit und die prinzipielle Bedeutung des Streitfalles abgelehnt.

Gegen diesen Beschluß des Gerichts steht den Parteien das Recht der Beschwerde beim Kammergericht zu. Nach der augenblicklichen Lage der Dinge ist es noch ungewiß, wann die nächste Verhandlung stattfinden wird. Nach dem Beschluß des Gerichts zunächst erst nach den Gerichtstermin, sofern nicht das Kammergericht, falls Beschwerde eingelegt wird, einen anderen Standpunkt einnimmt.

Das Ende des Totschlagprozesses.

Zwei Jahre Gefängnis.

Das Gericht verurteilte den 27jährigen Bureauangestellten Heinrich K. wegen Totschlages an der Hausangestellten Ellen St. zu zwei Jahren Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Friedmann, u. a. aus, daß das Gericht infolge der Totschlag als vorliegend anzunehmen gezwungen war, als der Angeklagte als alter Soldat sich bewußt gewesen sein mußte, daß selbst mit der Schreckschuhpistole ein Mensch getötet werden könne.

Diese Urteilsbegründung befremdet, abgesehen von allem anderen, schon deswegen, weil der Angeklagte gerade als alter Soldat nicht anzunehmen brauchte, daß aus dieser Pistole, die der Schießschachverständige gewissermaßen als Spielzeug bezeichnet hatte, ein tödlicher Schuß erfolgen würde. Wichtiger aber ist die psychologische Seite des Falles. Wie kam es, daß dieser schwächliche, dabei aber gutmütige und feinfühligere Mensch, der er doch nach den Aussagen seiner Bekannten, Kollegen und Eltern, aber auch nach den Befundungen der Ärzte und des Gefängnislehrers war, die Waffe gegen das von ihm so heiß geliebte und so lebensüchtig begehrte Mädchen erhob? K., als Kind durch englische Krankheit physisch und geistig seinen Altersgenossen nicht ebenbürtig, hatte sowohl aus diesem Grunde, als auch allein schon wegen seiner roten Haare viel zu leiden. So entwickelte sich in ihm starke Rindermerkwürdigkeiten, die in seiner hysterischen und psychopathischen Konstitution reichen Nährboden fanden. Auch von der Ell. St. konnten die Zeugen nur Gutes bezeugen. Vollkommene Klarheit erhielt man aber über ihre Person nicht. Was sie veranlaßt hat, fast zwei Jahre hindurch mit einem jungen Menschen platonisch zu verkehren, dessen erste Absichten ihr bekannt waren, während sie, wie ihre intimen Freundinnen zu erzählen mußten, den K. nie geliebt und an eine Heirat mit ihm nie gedacht hatte, bleibt unverständlich.

Kl. Dr. Frey hatte infolgedessen nicht unrecht, als er auf Körperverletzung mit Todeserfolg plädierte. Das Gericht hat aber auf Totschlag erkannt. Ob dieser Mensch, den der Gerichtspräsident Dr. Mahrenholz als äußerst schwächlich bezeichnete, hinfällig ist, mag dahingestellt bleiben. Das Gericht hat ihm aber selbst auf den Rest der Strafe keine Bewährungsfrist in Aussicht gestellt. Die ganze Tragik des Falles kam aber erst so richtig zum Bewußtsein, als man den tiefen Schmerz sowohl der Eltern des so jäh ums Leben gekommenen Mädchens, als auch jener Eltern sah, deren unglücklicher Sohn an dem Tod dieses Mädchens schuldig geworden war.

Explosionsunglück in Budapest.

Fünf Personen unter Haustrümmern begraben.

Budapest, 10. Juli.

Im Budapester Vorort Engelsfeld ereignete sich im Keller eines eben fertiggestellten Hauses, wo zwei Arbeiter damit beschäftigt waren, eine größere Menge Erbsen von den darin enthaltenen Büchern mit Kohlendioxid zu säubern, eine furchtbare Explosion, die das ganze Haus in Trümmer legte. Die im Hause befindlichen Personen, die Frau des Hausbesizers, ihre Tochter, eine Hausangestellte und zwei Arbeiter wurden unter den Haustrümmern begraben. Die alsbald auf dem Schauplatz der Katastrophe erschienene Feuerwehr zog die Frau des Hausbesizers und einen Arbeiter tot aus den Trümmern hervor; die Tochter des Hausbesizers und die Hausangestellte wurden in schwerverletztem Zustande geborgen; ein Arbeiter wird noch vermisst.

Eine Ankündigung der Preussischen Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft im Anzeigenteil der heutigen Nummer betrifft ihre 8proz. Central-Geldpandbriefe n. 3. 1927, die im Betrage von 8 000 000 Goldmark bis Sonnabend, den 14. d. Mts., zur Zeichnung aufgelegt sind. Der Zeichnungspreis ist auf 97,75 Proz. festgesetzt. Die Abnahme kann sofort oder spätestens bis Ende d. Mts. geschehen.

Sport.

Kennen zu Ruhleben am Dienstag, dem 10. Juli.

1. Rennen. 1. Peter B. (Fremd), 2. Nelly Arnold (Fremd), 3. Arletta (H. Müller). Toto: 17:10. Platz: 11, 11, 11:10. Ferner liefen: Alpbach, Peter Spinne, Kofa, Qui ad, Dian, Nora Halle.
2. Rennen. 1. Maximus (H. Müller), 2. Grosmogul (Barth jr.), 3. Zeitz (Uebel). Toto: 20:10. Platz: 13, 19, 16:10. Ferner liefen: Marienwahl, Renab, Kerrigan jr., Friedrich Rex, Goudier jr., Michael.
3. Rennen. 1. Uraon (Hedert), 2. Helina (Egerlon), 3. Rehoserin (Fremd). Toto: 41:10. Platz: 24, 48, 74:10. Ferner liefen: Droskulehen, Ertil, Mary Ann, Krophde, Henry Cord, Gerfenmädchen, Max Kuler, Alcibiades, Bredequind.
4. Rennen. 1. Veracimus (Hedert), 2. Signal (Grosmogul), 3. Olympia (Klingus). Toto: 15:10. Platz: 12, 18, 26:10. Ferner liefen: König Lear, Geis, Alberti Dürr, Oberländer.
5. Rennen. 1. Ehrenberg (H. Müller), 2. Michael (Rudnabel), 3. Ranganarek (Kopal). Toto: 15:10. Platz: 12, 14, 16:10. Ferner liefen: Ludwig, Heise, Reister B., Marienwahl, Waiden, Divisionär.
6. Rennen. 1. Abteilung: 1. Kaiser (Rangfelder), 2. Elento (Weidner sen.), 3. Angelinde (Gemeß). Toto: 29:10. Platz: 14, 13, 25:10. Ferner liefen: Nini Hall, F. Selamit, Erich S., Trollet, Valencia I. Deutscher, Kronsheere, Bante. — 2. Abteilung: 1. Gulenstegel (Höbling), 2. Eitelried (Höhne), 3. Selbstern (G. D. Müller). Toto: 37:10. Platz: 17, 22, 17:10. Ferner liefen: Lord Solo, F. Wurzberg, Krolschel, Quinstellern, Turandot, Einicht, Gashöferin, Katal, Lustschiffer, O'Captain Kerber.
7. Rennen. 1. Barmaid (Hedert), 2. Trotteur (Reiter), 3. Königsadler (Lautenberg). Toto: 64:10. Platz: 13, 13, 13:10. Ferner liefen: Tomplaff I, Erfa, Karmel, Feld.
8. Rennen. 1. Gondel (Hedert), 2. Heia Timolo (Schulz), 3. Eddy Dillon (F. Schmidt). Toto: 64:10. Platz: 18, 19, 15:10. Ferner liefen: Leuchttür, Goulanze, Krifer, Heliogabal, Olga Burton, Linne, Hedert.
9. Rennen. 1. Weinland (Fremd), 2. Gawein (Fremd), 3. Copal (Höbler). Toto: 31:10. Platz: 19, 26, 46:10. Ferner liefen: Lombardel, F. Wintermarchen, Notula, Lu, Erissa, Prinzess Batti, Dunsaj, Friedrichör, Heidemant, Dancig Erl, Lord Solo, Karl Alexander, Good Boy, Zeitgeist, Heidebring I, Dichtung, Hauptmann, Baron Gabler, Corona, Die Kinney, Quitt B, Flamingo, Katala.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nachtr. verb.) Teils wollig und ziemlich warm. Westliche Winde. — Für Deutschland: In der südlichen Hälfte vielmal heiter, im übrigen Teilteil wollig, teils heiter, überall warm, nirgendwo nennenswerte Niederschläge.

Den deutschen Hausfrauen ist die überaus vielseitige Verwendung von Noframin noch viel zu wenig bekannt. Die Deutsche Ribba-Gesellschaft hat deshalb einen Wettbewerb ausgeschrieben, um wirklich brauchbare Kochrezepte sowie neue Verwendungsmöglichkeiten von Ribba Milch zu sammeln und den Teilnehmerinnen nutzbar zu machen. Inaugural sind 10 000 M. Preisgelder ausgeschrieben. Die Teilnehmerinnen sind auf die regelmäßig in dieser Zeitung erscheinenden Ausgaben, die alles Nähere enthalten.

Altbewährt bei



Arterienverkalkung und erhöhtem Blutdruck

Fachinger Versandstelle, Berlin SW II
Schöneberger Str. 16A. Tel. Lützow 3260-61

Der ungetreue Laufbursche.

Mehr als 10000 Mark erschwindelt!

Bei einer bekannten Berliner Firma hat der zwanzigjährige Bote Bruno B. die Firma durch Fälschung seiner Unterschrift innerhalb zwei Jahren um mehr als 10000 M. geschädigt.

Es war üblich, daß der Abteilungschef Anweisungen an die Hauptkasse der Firma, die mit seiner Unterschrift versehen waren, ausstellte, die der Bote von der Kasse aus honoriert bekam. Er überbrachte dann dem Direktor das Geld. Nun kam er auf die Idee, die leicht nachahmbare Unterschrift des Direktors zu benutzen, um für sich Beträge von der Kasse abzuheben. Sie wurden anstandslos ausgezahlt, da der Direktor die gleichen Kassenformulare benutzte, wenn er für seine privaten Zwecke durch Bruno B. Geld abholen lassen wollte. Zunächst waren es Beträge von einigen 100 M., und so versuchte der Bote, durch seine Erfolge mit kleineren Summen sicher gemacht, ebenfalls Beträge von mehreren 100 M. abzuholen. Dies gelang ihm auch zwei Jahre hindurch.

Die Angelegenheit kam an Tageslicht, als der Bote auch die Unterschrift eines anderen Abteilungschefs zu fälschen suchte, da aber wurde die Nachahmung erkannt. Bruno verbrachte das Geld mit einem 18jährigen Freunde, der bei der gleichen Firma als Laufbursche angestellt war. Beide wurden festgenommen.

Der Hilfschrei der Verlassenen.

Robites Mannschaff in höchster Not.

Nach Meldungen von der Virgo-Bay wurde ein neuer Funkpruch der Viglieri-Gruppe ausgefungen, in dem mitgeteilt wird, daß die Mannschaff völlig den Mut verloren hätte und um Befreiung der Rettungsarbeiten bittet. Eine Stunde später brach die Funkverbindung ab und man hegt deshalb große Befürchtungen.

Man hofft außerdem, daß der Eisbrecher „Krossin“, der sich nur noch 30 Meilen von dem Voger der Ueberlebenden befindet, sich durch noch einen Weg durch das Eis bahnen kann, um die Gruppe Viglieri zu retten.

Wild-West in New York.

Zwei Autofahrer durch Maschinengewehre erschossen.

New York, 10. Juli.

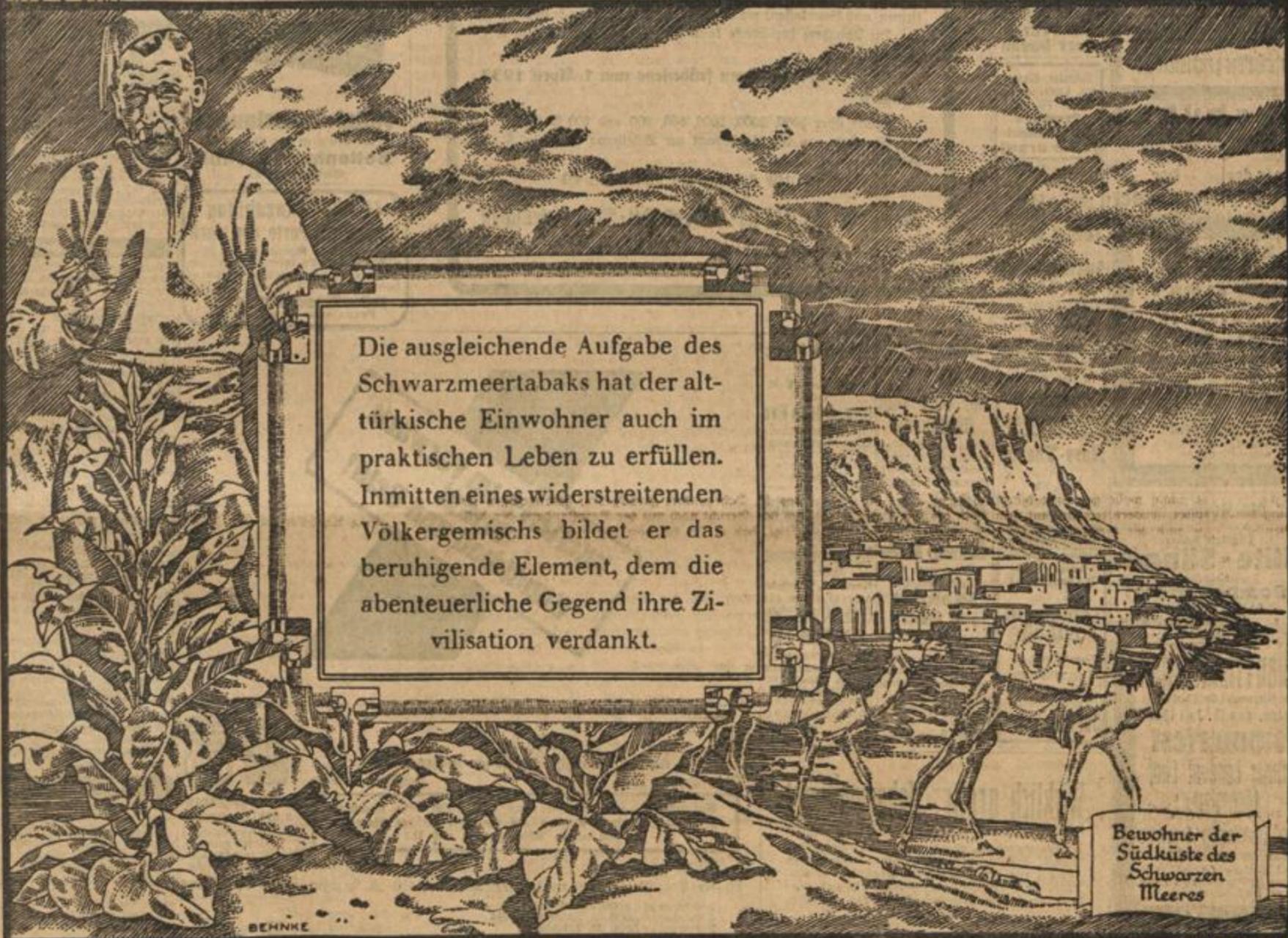
In Brooklyn wurden zwei Personen durch Maschinengewehrfeuer getötet und zwei verletzt. Das Auto konnte flüchten. Man nimmt an, daß die Getroffenen das Opfer einer Personenverwechslung geworden sind und das Attentat gegen jemand anders gerichtet war. Wie erinnerlich, ist erst vor kurzem ein bekanntes Mitglied der New Yorker „Unterwelt“ einem ähnlichen Attentat zum Opfer gefallen.



Rühliche Ratschläge für die Reise gab Professor Dr. med. Alfred Bemandowitsch. Seine „praktischen ärztlichen Ratschläge für die Reisezeit“ kamen allerdings in diesem Jahre für viele Sommerreisende zu spät. Beherzigenswert bleiben sie aber auch für spätere Reisen. Der Redner warnte vor einer Uebererschätzung der Heilmerte der Sommerreise, sie führt oft zu bösen Erfahrungen. Der Reisende wird krank und elend, stot irisch und froh, weil er Sonne im Uebermaß genießen wollte, Seebäder oft sogar bei kühler Lufttemperatur zu lange ausdehnte oder es nicht erwarten konnte, bis er seinen Fuß auf den höchsten erreichbaren Gipfel gesetzt hatte. Der Körper muß sich an das veränderte Klima, die Lunge und die Blutorgane an die veränderte Höhenlage, der Magen an veränderte Kost erst gewöhnen. Von zu reichlichen Abendmahlzeiten sowie von übermäßiger Freizeitsport riet Prof. Bemandowitsch unbedingt allen Erholungsreisenden ab. — Ein anderes Kapitel der Reisezeit behandelte Karl Lütge-Nordhausen, der den Sommerfrischlern den Satz zurief: „Etzigen Sie unterwegs aus!“ Man fährt auf der Strecke zu dem beabsichtigten Reiseziel an zahlreichen Punkten vorbei, die sehenswert sind, die der Reisende aber nie sieht, weil sie nur an seiner Fahrstrecke liegen und er nichts weiter als die Bahnhöfe dieser Ortshäfen kennenlernt. — „Vertraute Lieber“ brachte der Abend — selber um einige Grad zu sentimental. Da Dr. Lom sprach mit übertriebenem Pathos schlichte Volksweisen. Cornelius Bronsgeest sang Volkslieder und ähnliche Weisen.

1

Unter den vier Haupt-Tabakgebieten nimmt die Südküste des Schwarzen Meeres die Stelle der Lieferantin der besten Ausgleichstabake für die würzigen Tabake der andern Gebiete ein. Diese Tabake sind außerordentlich gesucht.



Die ausgleichende Aufgabe des Schwarzmeertabaks hat der alttürkische Einwohner auch im praktischen Leben zu erfüllen. Inmitten eines widerstreitenden Völkergemischs bildet er das beruhigende Element, dem die abenteuerliche Gegend ihre Zivilisation verdankt.

Bewohner der
Südküste des
Schwarzen
Meeres

REEMTSMA
CIGARETTEN

OVA

im
Araberformat

5 Pf.

Kampf um den Nationalfeiertag.

Die Vorlage vor dem Reichstag. — Eine Rede Gollmanns. — Ueberweisung an den Ausschuss.

Der Reichstag wurde gestern vom Präsidenten Löbe um 3 Uhr eröffnet. Am Regierungstisch: Reichkanzler Müller-Franken, Reichsfinanzminister Dr. Hilferding, Reichsinnenminister Severing, Reichsjustizminister Koch, Haus und Tribünen sind stark besetzt.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzentwurfes über den Nationalfeiertag. Nach dem Entwurf ist Nationalfeiertag des deutschen Volkes der 11. August als Verfassungstag. Er ist Fest- oder allgemeiner Feiertag im Sinne reichs- und landesrechtlicher Vorschriften. Am Nationalfeiertage sind alle öffentlichen Gebäude in den Reichsfarben zu beflaggen. In allen Schulen sind für Lehrer und Schüler verbindliche, der Bedeutung des Tages entsprechende Feiern zu veranstalten; fällt der Nationalfeiertag in die Schulferien, so finden diese Gedenkfeiern bei Schluß oder Wiederbeginn des Unterrichts statt.

Abg. Stöcker (Komm.) beantragt, den kommunistischen Antrag, den 1. Mai als Nationalfeiertag zu erklären, mit der Beratung des Gesetzentwurfes zu verbinden. Er erhebt dann Beschwerde darüber, daß der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, der Abg. Heimann (Soz.), die von den Kommunisten verlangte sofortige Einberufung des Haushaltsausschusses abgelehnt habe.

Abg. Helmmann (Soz.) erklärt die Vorwürfe des Abg. Stöcker als unbegründet. Die Vorsitzenden der Reichstagsausschüsse seien nicht Beauftragte der kommunistischen Fraktion, sondern Vollstrecker der Willensmehrheit der Ausschüsse.

Abg. Hanemann (Dnat.) beantragt, den 18. Januar zum Nationalfeiertag zu erklären.

Es wird beschlossen, die kommunistischen und deutschnationalen Anträge betreffend den Nationalfeiertag mit der Beratung des von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurfes zu verbinden.

Reichsinnenminister Severing begründet die Vorlage mit der im Hauptblatt wiedergegebenen Rede.

Präsident Löbe schlägt vor, die Redezeit für jeden Redner auf eine halbe Stunde zu begrenzen. Da jedoch von deutschnationaler und nationalsozialistischer Seite Einspruch erhoben wird, zieht der Präsident den Vorschlag zurück, so daß die Redezeit eine Stunde beträgt.

Abg. Gollmann (Soz.)

Der Gesetzentwurf für den Nationalfeiertag ist noch umstritten. Nationalfeiertage hatten oft das Schicksal, zunächst auf heftigen Widerstand zu stoßen. Als im Jahre 1879 die französische Republik den Tag des Bastillesturms zum Nationalfeiertag erhob, fand er die Gegner der Monarchisten und Konfessionen. Längst ist die französische Republik über diesen Widerstand zur Tagesordnung übergegangen. Es wird in Deutschland genau so werden, wenn der Nationalfeiertag erst einmal Gesetz geworden ist. Die Republik holt nach, was das Kaiserreich veräumt hat. Die dynastische Zerrissenheit des Kaiserreichs ließ keinen nationalen Feiertag zu. Es gab im Kaiserreich auf die Monarchen abgestimmte Hofeiertage. Lage des Heeres, Tage der Reservistoffiziere, aber das Volk blieb kühl. Der 18. Januar als Tag der Reichsgründung, der von manchen Seiten als Nationalfeiertag gemüht wird, ist für diesen Zweck unmöglich. Die Verfassung, die auf ihn zurückgeht, ist zusammengebrochen. Die Fürstengeschlechter, die im Spiegelhaal von Versailles dem König Wilhelm von Preußen die Kaiserkrone aufdrängten, die er nur widerwillig annahm, haben ruhmlos abgedankt. Es würde der geschichtlichen Logik widersprechen, jetzt noch diesen Tag zu feiern. Die Republik kann keinen monarchistischen Feiertag einlegen. Die Monarchisten selbst haben in dem halben Jahrhundert Kaiserreich niemals die gefühlvolle Feler des 18. Januar gebürt. Der 11. August ist trotz aller Einwände ein großer Tag der deutschen Geschichte. Das deutsche Volk hat sich zum ersten Male aus freiem eigenen Willen ein Grundgesetz gegeben, und dieses in einem Jahrzehnt nie erlebter Stürme hochgehalten.

Das war nicht nur ein Akt der Gesetzgebung, es war eine weltgeschichtliche Wende, als die Deutschen aus tausendjährigen Monarchien zur Republik, aus dem Halbabsolutismus zur Demokratie übergingen.

Die Verfassung der Republik hat die deutschen Frauen und die deutsche Jugend zu Staatsbürgern erhoben. Es ist die Verfassung, die viele Millionen Arbeiter an den Staat herangegeführt hat, die das Kaiserreich von sich gestoßen, sie verfolgt hatte. Wenn das Wort Nation mehr ist als ein Parteistimmzettel, der sollte die nationale Bedeutung des 11. August anerkennen.

Ein kommunistischer Antrag will den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag machen. Wer den 1. Mai als Nationalfeiertag haben will, der hat den Sinn des Volkstages nicht begriffen. Der 1. Mai ist der Kampf des internationalen Proletariats, das Glaubensfest der sozialistischen Internationale. Es widerspricht dem ganzen Gedanken des 1. Mai, diesen Tag von einer bürgerlichen Parlamentsmehrheit zum Feiertag machen zu lassen. Der 1. Mai ist der internationale Tag der Arbeiterklasse. Nur der Sieg des Sozialismus kann diesen Feiertag einsehen, und dieser Sieg wird ihn einmal bringen.

Die Gegner des Nationalfeiertags von rechts her sollten nicht übersehen, daß die sozialistischen und republikanischen Arbeitermassen bereit sind, für die republikanische Staatsidee das nicht geringe Opfer des vollen Arbeitslohnes für diesen Feiertag zu bringen. Auch dieser Opferwille verdient Achtung. Vor wenigen Jahren noch wäre der 11. August nur ein Kampftag der Republik gewesen. Jetzt dürfen wir ihn als ihren Siegestag begrüßen.

Die schwere Krise in der deutschnationalen Volkspartei beweist, daß selbst in dieser angeblich streng monarchistischen Partei die Zahl der Vernunftrepublikaner wahrhaftig größer ist, als die der herrschgläubigen Monarchisten.

Die deutsche Jugend, auch die der nationalistischen Richtungen, sehnt sich nicht nach Operettenprinzen, Hofschranzen und Hoflieferanten, sondern nach einem freien Reich, nach einer freien Nation und nach dem Niederrücken des Wammonismus. Wenn der Gedanke des Verfassungstages in den letzten Jahren so weit an Boden gewonnen hat, so haben ein Hauptverdienst die Arbeiterorganisationen, das Reichsbanner und die Arbeiterjugend. Wir wissen natürlich auch, daß wir hier zwar ein Gesetz beschließen, den Volksfeiertag aber nicht betreiben können. Die Feiern müssen aus der Volksseele wachsen, und wir sind gewiß, daß dieses Wachstum kommen wird. Ich glaube nicht, daß die monarchistischen Beamten, wenn der Tag einmal Gesetz ist, sich am 11. August demonstrieren zur Arbeit drängen werden. Gewisse Bedenken der ländlichen Bevölkerung wegen ihrer Erntearbeiten sind berechtigt. Es ist zu begrüßen, daß die Reichsregierung ihren Einfluß auf die Länderregierungen, hier entgegenkommen zu beweisen, geltend

machen will. Von wirtschaftlichen Schäden durch den Nationalfeiertag sollte man nicht reden. Die Nordamerikaner, die wirklich keine Faulenzer sind, haben ein halbes Duzend politisch-nationaler Feiertage: den Unabhängigkeitstag, Washingtons Geburtstag, den Tag der Arbeit, den Danktag, den Tag der Geburtstag, Columbastag.

Den Einwurf, der Nationalfeiertag bedeute eine geistige Vergewaltigung, kann ich nicht verstehen: die monarchistischen Minister und der Herr Reichspräsident haben die republikanische Verfassung beschworen, haben ihren Eid loyal gehalten, und Jahr für Jahr die Verfassung amtlich gefeiert.

Man kann also unmöglich von einer geistigen Vergewaltigung reden, wenn die monarchistische Widerheit im Lande nun auch das tut, was so prominente Vertreter monarchistischer Ueberzeugung ihr vorgelebt haben. Beschwerft sich doch auch die freigeistige Minderheit im Lande nicht über die geistlichen christlichen Feiertage, sondern begegnet ihnen mit Respekt und Toleranz. Auch der Nationalfeiertag wird niemanden über die Klassegegensätze und die politischen Kämpfe hinwegtäuschen. Selbst die Republikaner werden, je nach dem, ob sie konservativ oder revolutionär sind, über den Inhalt unseres Staatsmenschen verschiedener Meinung sein. Die von uns vertretenen Volksmassen haben große, weit in die Zukunft reichende Forderungen, die wir nicht aufgeben werden. Dennoch werden wir uns mit den anderen Staatsbürgern der Republik an großen, gemeinsamen Gedanken erheben können. Solche Gedanken sind die Reineinheit — das kommende Reich von Aachen bis Wien, die volle Freiheit nach außen — die Sicherung der Volkssouveränität im Innern — den Friedenscharakter der Republik — der Wille, die Verfassung der Republik zur Grundlage aller politischen Kämpfe zu machen, der Wille, die sozialen Gedanken der Verfassung, die einstweilen nur Verheißung sind, Wirklichkeit werden zu lassen. Weil wir die Republik zum Volksstaat gestalten wollen, rufen wir das Parlament auf, den Geburtsstag der Republik zum Volkstag der Nation zu erheben. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Schlange (Dnt.) bestreitet, daß in weiten Kreisen des deutschen Volkes der Wunsch nach einem neuen Feiertag bestände. So lange uns das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten ist, solange wir unter den Fesseln des Versailles leiden, wäre es angebracht, statt eines Feiertages einen nationalen Trauertag zu begehen unter dem Motto: Was wir verloren haben, soll nicht verloren sein! In Deutschland soll nach dem Willen der Väter der Tag gefeiert werden, an dem die deutschen Arbeiter unter den Klängen einer mißverstandenen Marschmusik von den Waffen fortgerufen wurden. Der 18. Januar als Tag der Reichsgründung könnte trotz der Aenderung der Staatsform als Nationalfeiertag gelten. Am 9. November begann der Niedergang, der am 11. August noch nicht einmal abgeschlossen war. Sie (zu den Soz.) hätten eigentlich mehr Grund, den 9. November zu feiern. Dann würde noch deutlicher erkennbar werden, daß es sich nicht um einen Nationalfeiertag handelt, sondern um einen parteipolitischen Zwangsfeiertag zur Unterdrückung der anderen. (Unruhe links.) Die Weimarer Verfassung war ein organisches Kunst- und Meisterwerk, die Weimarer Verfassung ist eine künstliche Konstruktion.

Die Art von Parlamentarismus, die diese Verfassung gebracht hat, wollen auch die deutschen Arbeiter nicht, die vier Jahre lang mit uns zusammen im Schützengraben gelegen haben. (Unruhe und Zurufe links.)

Dieser Parlamentarismus läßt zur Freude unserer Feinde die einseitige Willensbildung nicht aufkommen, die eine Nation zu ihrer Selbstbehauptung braucht. Die Unmöglichkeit dieses Parlamentarismus hat sich bei den Schwierigkeiten der letzten Regierungsbildung gezeigt. Die jetzige Regierung ist so wenig homogen, daß sie nicht eine von den großen Lebensfragen der Nation anfaßt, geschweige denn lösen kann. Auf links: „Für welche Gruppe Ihrer Fraktion sprechen Sie denn?“ Ich spreche für die gesamte deutschnationale Fraktion. Wir sind uns einig über die großen Fragen und Ziele, aber zu unserer Freude können wir mit uns ringen über die besseren Wege, auf denen wir zum Ziele kommen.

Die jetzigen Zustände zeigen, daß die monarchische Spitze als ruhender Pol die beste Staatsform ist. (Gr. Heiterkeit links.)

Kein Deutschnationaler denkt daran, die bestehende Staatsform gewaltsam zu ändern; aber wir hoffen, daß eines Tages das wieder gesunde Volk aus freiem Willen aus dem Zerrbild dieser Demokratie vorwärtschreiten wird zu einem neuen Kaiserthum. (Lachen links und Zurufe: Sie sind doch nicht mehr in der Fraktionsführung! — Händeklatschen bei den Deutschnationalen.) Drei Menschenklassen haben nach dem Umsturz Deutschland gerettet. Einmal die alten Frontsoldaten, die Ihre (zu den Soz.) Minister vor ihren eigenen Freunden geschützt haben und denen die Republik so schlecht gedankt hat. Weiter war es die deutsche Reichswehr. Wir hoffen, daß es dem Minister Groener gelingen wird, selbst in dieser Regierung die Reichswehr unverteilt zu erhalten. Drittens wurde Deutschland gerettet durch das alte Berufsbeamten, das drei Jahrhunderte lang durch das Königtum der Hohenzollern erzogen wurde. (Lachen links und Zurufe: Die bayerischen Beamten rechnen er also nicht mit!) Aus der schlimmsten Not der Inflation hat uns nicht Hilferding gerettet, sondern ein anderer. Wir Deutschnationalen sind stolz darauf, daß die einzige wirkliche große Rettungstat seit der Revolution von unserem Helferlich getan wurde. (Widerpruch und Unruhe links.) Das „Berliner Tageblatt“ spricht heute in vorläufiger Freude von einem

Zerfall der Deutschnationalen

und meint, in unserer Fraktion herrsche der Einfluß der Sozialreaktion. Wir Deutschnationalen glauben, daß der Wiederaufbau unserer Wirtschaft nur erfolgen kann gemeinsam mit einer gleichberechtigten deutschen Arbeiterschaft, aber jeder von uns ist auch mit tiefer Sorge erfüllt, daß durch eine falsche Politik die Wirtschaft mit ihren großen Führern in ihrer Bewegungsfreiheit gehemmt und ein Zustand herbeigeführt wird, bei dem die Sozialpolitik zu einem inhaltslosen Torso wird. Diese Regierung müßte Kabinett Severing heißen. (Lebhafte Zustimmung der Soz. Heiterkeit.) Es handelt sich um ein parteipolitisches Kabinett mit bürgerlicher Vertretung. Wir wollen in dieser schweren Zeit nicht einen neuen Streitpunkt schaffen durch die zwangsweise Einführung eines Nationalfeiertages. Wir wollen mit dem Nationalfeiertag warten, bis Deutschland befreit ist und bis wir als freies Volk unsere Freiheit feiern können. (Händeklatschen bei den Deutschnationalen.)

Von der Wirtschaftspartei ist der Antrag eingegangen, den Bußtag im November als Volkstauertag zum Gedächtnis der Gefallenen zu begehren.

Reichsminister des Innern Severing:

Der Abg. Schlange-Schöningen hat die Frage aufgeworfen, ob es angeht, der Krise des deutschen Volkes auf kulturellem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet angebracht sei, einen Feiertag einzuführen. Ich leugne nicht, daß alle Anzeichen dafür sprechen, daß wir uns einer wirtschaftlichen Depression nähern, aber ich bin andererseits der festen Ueberzeugung, daß, wenn wir diese Depression wieder siegreich ohne Schaden für den deutschen Volkstörper überwinden wollen, es nur auf dem Boden und mit den Mitteln der Weimarer Verfassung geschehen kann. (Sehr wahr! bei den Soz.) Zu meinem großen Erstaunen hat der Abg. Schlange-Schöningen den Eventualvorschlag gemacht, zu warten, bis der letzte französische Soldat aus dem besetzten Gebiet zurückgezogen sei, und ferner einen Volkstauertag einzuführen. Lassen Sie mich an das Wort eines Großen erinnern, eines deutschen Dichters, der da meinte, daß von zweien der der stärkste sei, der auch der frohere wäre.

Ich meine, daß wir verpflichtet sind, gelegentlich mit allen Würden unserer Toten zu gedenken, daß es aber auch notwendig ist, Freude in das Herz des Volkes zu pflanzen und einen Freudentag zu feiern.

Wir brauchen auch einen nationalen Feiertag, der der Freude und dem Frohsinn und dem Zukunftsglauben dienen kann. Den Vorschlag, daß ich die großen Tage der Vergangenheit nicht ehre, hätte ich am liebsten von dem Abg. Schlange-Schöningen erwartet, der genau weiß, daß ich im Preussischen Landtage oft darauf hingewiesen habe, daß unsere Volksgenossen die großen Tage der Vergangenheit ehren müssen. Ich habe gerade von meinem politischen Freunde, dem Landtagsabg. Backer kürzlich einen Lobseid erhalten, weil ich anlässlich der Debatten über das Jahr 1923 darauf aufmerksam gemacht habe, daß es der Nation nicht würdig sei, in der Jagenfrage solche Kämpfe zu führen, wie sie 1923 geführt worden sind. Ich habe auch darauf aufmerksam gemacht, daß jeder Republikaner die Pflicht habe, das vergangene Schwarz-Weiß-Rot zu ehren. (Abg. Graf Westarp: Warum hat die Regierungserklärung das nicht ausgesprochen?)

Wenn Sie (zu den Dnat.) von den Republikanern die Ehrung von Schwarz-Weiß-Rot verlangen, dann beobachten Sie die Verpflichtung, nun auch zu den neuen Farben der Republik sich zu bekennen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die großen Tage der Vergangenheit in allen Ehren! Aber, meine Herren Deutschnationalen, die großen Tage der Gegenwart dürfen Sie nicht herabsehen. (Großer Lärm. Ruf: Feiertagsbejahung!)

Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich wiederholt daran erinnere, daß uns die ganze Welt um die Tatsache beneidet, daß wir uns verhältnismäßig schnell vom dem tiefsten Fall, den je ein Volk erlebt hat, wieder erhol haben. — Das deutsche Volk hat eine ruhmreiche Geschichte, aber auch der 14. März 1920 war ein Geschichtstag in des Wortes tiefer Bedeutung. An diesem Tage drang nach Flensburg und die umliegenden Städte die Kunde, daß hier in Berlin alles drunter und drüber ginge, aber der Kapp-Putsch hat es nicht vermocht, den Schleswig-Holsteiner in seiner Freude an Deutschland wachend zu machen. Ein Geschichtstag war auch der 20. März 1921, als die Schleiener trotz aller Drangsal Zeugnis für den deutschen Gedanken ablegten. Der 30. September ist ein Ruhmesblatt in der Geschichte der rheinischen Bevölkerung, die auf der ganzen Linie siegreich gegen die Separatisten war.

Der Abg. Schlange-Schöningen schreibt den Ruhm, Deutschland gerettet zu haben, der Reichswehr und dem Beamtenstand zu. Aber das Bürgertum aller Parteien in Westfalen und Rheinland war im September und Oktober 1923 nicht bedeckt durch die Reichswehr, sondern ganz auf sich selbst gestellt, und ohne Waffen hat es die Separatisten überwunden und den Abfall des Rheinlandes von Preußen und Deutschland verhindert. Das war ein Geschichtstag allererster Ordnung. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Neben der Geschichte des alten Systems hat auch das neue Deutschland schon Ruhmesstage. Schwerer als die Industrien im Westen haben zahlreiche Familien der Angestellten und Arbeiter durch die Ausweisungen ihre wirtschaftliche Existenz verloren. (Zuruf von rechts: Das hat mit dem Verfassungstag nichts zu tun!) Die jungen Frontsoldaten haben ihre Verdienste leichtfertig auf Spiel gesetzt, als sie 1920 den Kapp-Putsch mitmachten. Und was die Reichswehr betrifft, so habe ich als preussischer Minister den größten Ehrgeiz gehabt, die Reichswehr nur in Bereitschaft zu halten und sie niemals einlegen zu lassen. Die Arbeiterklasse war bemüht, den Einfluß der Reichswehr zu verhindern, besonders dann, wenn es nicht ohne Blutvergießen hätte abgehen können. Was schließlich das Beamtenum betrifft, so sollte der Abg. Schlange-Schöningen sich den Glauben abgewöhnen, daß alle Beamten etwa deutschnational seien. Für mich handelt es sich nicht um den Versuch, parteipolitisch einen Feiertag aufzuziehen. (Widerpruch rechts.) Es ist keine Vorlage der Regierung, sondern ein Antrag des Reichsrats, der ohne Stellungnahme der Reichsregierung angenommen ist. (Abg. Graf Westarp: War die preussische Regierung daran nicht beteiligt?) Das entzieht sich meiner Kenntnis; ich wäre dankbar, wenn Sie mir sagen würden, welchen Anteil ich an diesem Antrag habe.

Wenn der Abg. Schlange-Schöningen hofft, daß es mir gelingen werde, dieselbe Stellung in der Reichsregierung einzunehmen, die ich in Preußen eingenommen habe, so teile ich diese Hoffnung. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Aber es handelt sich hier lediglich um eine Anregung des Reichsrats, nicht um ein politisches Tods, das für anders denkende Volksteile errichtet wird, sondern, um eine Sache, in der sich alle Guten im Lande zusammenfinden können. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei den Soz., Lärm bei der Opposition.)

Abg. Dr. Bell (S.)

präzisiert den Standpunkt der Zentrumsfraktion dahin: Wir stimmen grundsätzlich dem Gedanken des Nationalfeiertages zu und streben die enge Verbindung dieser Nationalfeier mit dem Weimarer Verfassungswert an. Wir halten an der Ueberzeugung fest, daß die gesetzliche Regelung eines Nationalfeiertages, und zwar in Gestalt der Verfassungsfeier, sich durch die gegebenen Staatsverhältnisse rechtfertigt. Es bleibt ein unergänztliches Verdienst, eine wahre historische Großtat des deutschen Volkes und seiner aus freier Wahl hervorgegangener

CHADE.

Ein machtvolltes Glied des internationalen Elektrizitätskapitals.

In diesen Tagen interessiert sich fast die gesamte Börsenwelt Europas für eine Kapitalerhöhung, die die sogenannte „Chade“ vornimmt: Das Aktienkapital dieser Gesellschaft, das bisher 200 Millionen Pesetas betrug, wächst nunmehr auf 260 Millionen Pesetas an.

Wer ist die Chade?

Es ist eine große internationale Elektrizitätsgesellschaft, deren voller Name „Compania Hispano Americana de Electricidad“ lautet, d. h. Spanisch-Amerikanische Elektrizitätsgesellschaft. Ihr Sitz ist Madrid, ihr Hauptbetätigungsfeld Südamerika. Für die deutsche Öffentlichkeit ist diese Gesellschaft von großer Bedeutung, nicht nur für eine ganze Anzahl Kapitalisten, die am Aktienkapital beteiligt sind, sondern auch für die breiten Massen Deutschlands, denn gerade die Chade ist ein

Musterbeispiel einer großen internationalen Finanzierungs-gesellschaft.

Nicht nur in Madrid und Barcelona, sondern auch in Paris, Brüssel, Zürich, Berlin, Frankfurt a. M. und Amsterdam werden die Aktien dieser Gesellschaft gehandelt. Auch die Kapitalkraft, über die die Gesellschaft verfügt, deutet bereits auf ihre große Machtstellung hin. 200 Millionen Pesetas sind etwa 182 Millionen Mark; da jedoch der Börsenkurs der Chade-Aktien in der letzten Zeit etwa bei 625 Prozent lag, so beträgt der Börsenwert dieses Kapitals rund 1150 Millionen Mark, übersteigt also erheblich eine Milliarde. Hierzu kommen noch rund 200 Millionen Pesetas Anleihen.

Ein spanisches Unternehmen ist die Chade erst seit 1920, vorher herrschte in ihr deutsches Kapital vor. Im Jahre 1898 wurde sie unter dem Namen Deutsch-Argentinische Elektrizitätsgesellschaft gegründet, beteiligt hieran war in erster Linie die AEG, und weiterhin vor allem die Berliner Handelsgesellschaft sowie die Züricher Elektrobank. Die letztgenannte Bank (ihre vollständige Bezeichnung ist „Bank für elektrische Unternehmungen“, Zürich) war einige Jahre vorher nämlich 1895, von der AEG, der Berliner Handelsgesellschaft, der Schweizerischen Kreditanstalt und einigen anderen Banken errichtet worden und stellte eines der großen Finanzierungsinstitute dar, die unter Führung des elektrotechnischen Kapitals zu dem Zweck ins Leben gerufen wurden, den ansfangs nur sehr langsam vor sich gehenden Elektrizierungsprozess zu finanzieren und auf diese Weise den Absatzmarkt für elektrotechnische Produkte zu vergrößern.

Die Deutsch-Argentinische Elektrizitätsgesellschaft, die sich in der Hauptsache Argentinien zuwandte, entwickelte sich in den anderthalb Jahrzehnten vor Ausbruch des Krieges zu einem der wichtigsten deutschen Auslandsunternehmen. Ihr Aktienkapital stieg in dieser Zeit von 10 auf 150 Millionen Mark an. Kriegsausgang und Inflation veranlaßten aber, daß der deutsche Einfluß auf einen Bruchteil des früheren zurückging und daß die Gesellschaft in Verbindung hiermit ihren Sitz von Berlin nach Madrid verlegte. Auch die Umänderung des Namens wurde 1920 vorgenommen. Das Kapital betrug in den ersten Jahren nach der Umstellung 120, dann 160 Millionen Pesetas, 1927 erfolgte eine Erhöhung auf 200 und augenblicklich eine weitere auf 260 Millionen Pesetas.

Der große Tätigkeitsbereich der Chade

hat sein Zentrum auch heute noch in Argentinien, und zwar vor allem in der Hauptstadt des Landes: Buenos Aires, die gegenwärtig mit Vororten rund 2 Millionen Einwohner hat. Sie versorgt die Hauptstadt und einige andere argentinische Städte und Provinzen mit Strom, betreibt Straßenbahnen, ist aber auch an einer Anzahl europäischer Gesellschaften interessiert, insbesondere in Belgien und Frankreich. Kapitalmäßig eng verbunden ist sie mit zwei ähnlichen Finanzierungsgesellschaften, die ihren Sitz in Belgien haben, der Sofina und der Sidra, ebenso auch mit der Gesfürer (Gesellschaft für elektrische Unternehmungen), einer großen deutschen Finanzierungsgesellschaft, an der die AEG, Ludwig Loewe und andere interessiert sind und die ihrerseits zahlreiche deutsche und ausländische Elektrizitätswerke, Straßenbahngesellschaften usw. kontrolliert.

Die Konzession, auf Grund deren die Chade die Stromerfor-

gung betreibt, läuft am 31. Dezember 1937 ab; von dann an gehört der Hauptteil der gemachten Anlagen der Stadt Buenos Aires. 1927 betrug die Stromerzeugung 380 Millionen Kilowattstunden. Gegenwärtig wird in Buenos Aires ein neues Großkraftwerk gebaut, das 1929 in Betrieb genommen werden soll. Dies Kraftwerk soll auf eine Leistung von 600 000 Kilowatt ausgebaut werden, es wird damit

das größte Kraftwerk der Welt

werden, denn es wird die Richmond-Werke bei Philadelphia (Vereinigte Staaten), die bisher als größte Kraftzentrale gelten können, seiner eingebauten Leistung nach um mehr als 10 Proz. übertreffen.

Wir werfen, um die Größe der Chade auch zahlenmäßig zu veranschaulichen, kurz einen Blick auf die vor kurzem veröffentlichte Bilanz für 1927. Hier werden die Kraftwerke, Konzessionen, Brennstoffvorräte usw. auf 456 Millionen Pesetas angegeben, d. h. auf mehr als 300 Millionen Mark. Beteiligungen an anderen Gesellschaften, Vorkäufe usw. betragen 186 Millionen Pesetas. An Bargeld und Bankguthaben werden über 81 Millionen Pesetas ausgewiesen. Wie die Erfolgsrechnung zeigt, arbeitet die Chade mit

glänzendem Gewinn.

Der Reingewinn, der allein im Jahre 1927 45,8 Millionen Pesetas betrug, erlaubte wie in den Vorjahren die Ausschüttung einer Dividende von 14 Prozent. Trotz der hohen Gewinnausschüttungen hat es die Gesellschaft verstanden, sich eine Reserve zuzulegen, die dazu bestimmt ist, bis 1937 das gesamte angelegte Kapital zu tilgen. Dieser „Amortisationsfonds“ beläuft sich gegenwärtig schon auf 196,3 Millionen Pesetas, also auf mehr als auf 130 Millionen Mark. Kein Aktionär der Gesellschaft wird also, wenn die Ansammlung dieses Reservesfonds in dem bisherigen Tempo weitergeht, im Jahre 1937, wenn die Stadt Buenos Aires die Anlagen kostenlos übernehmen soll, den geringsten Schaden erleiden.

Es ist also kein Wunder, daß dieser Gesellschaft nicht nur die europäischen Börsen, sondern auch amerikanische Interessenten ihr Augenmerk zuwenden. Bei der gegenwärtig durchgeführten Kapitalerhöhung wird ein Teilbetrag auch von amerikanischen Großbanken (Guaranty Company und International Acceptance Bank) übernommen, wahrscheinlich zu dem Zweck, die Aktien in absehbarer Zeit auch an der New Yorker Börse einzuführen. Ueberhaupt ist es eine Internationale von Banken, die gegenwärtig mit der Amsterdamer Börsenführung und der Kapitalerhöhung beschäftigt ist. Wir finden hier z. B. einige große holländische Banken (wie z. B. die Niederländische Handels Maatschappij, die Rotterdamse Bankvereeniging, Rendelslohn u. Co. usw.), ferner die Banque de Paris et Pays Bas, die mächtigste französische Großbank, schließlich die wichtigsten Hollandinstitute der deutschen Großbanken; wir nennen das von der Dresdner Bank kontrollierte Bankhaus Proehl u. Gutmann, die Handelsmaatschappij de Baty u. Co., die der Disconto-Gesellschaft gehört, und die Amsterdamer Filiale der Deutschen Bank. Auch eine Untergesellschaft der Schweizerischen Kreditanstalt ist wiederum beteiligt. Aus dem immer noch starken Anteil, den

das deutsche Großkapital

an der Chade nimmt, aus der erst vor etwa einem Jahr vorgenommene Wiedereinführung der Chade-Aktien an deutschen Börsen, aus der gegenwärtigen Kapitalbeteiligung mit der Gesfürer und ähnlichen Merkmalen ist zu ersehen, daß auch heute noch der deutsche Kapitaleinfluß auf diesen Weltkonzern nicht unbeträchtlich sein kann.

Wenn wir uns schließlich vergegenwärtigen, daß die Chade in engster Arbeitsgemeinschaft mit einigen anderen großen Finanzierungsgesellschaften, ebenfalls internationalen Charakters, steht, daß es immer wieder die gleichen Großbanken sind, die in all diesen Gesellschaften Einfluß ausüben, daß auch heute noch sowohl der deutsche AEG-Konzern als auch die größte amerikanische Elektrofirma, die General Electric Company, an einigen dieser Finanzierungsgesellschaften interessiert sind, so entrollt sich vor uns das Bild einer umfassenden, mehr als den halben Erdball umspannenden Verflechtung, eine internationale Machtzusammenballung, die in anderen Wirtschaftszweigen nicht ihresgleichen hat.

Nationalversammlung, in wenigen Monaten inmitten schwerster von außen und innen drohender Gefahren und Hemmungen über die Eredenkstage des Verfallers Zwangsdiätas hinweg ein Verfassungsvertrag verabschiedet zu haben, das die Bestimmung in sich trug und die weltgeschichtliche Mission erfüllt, das deutsche Volk aus dem Zustande der Rechtslosigkeit und der Unordnung wieder in die Bahnen des Rechts und der Ordnung zurückzuführen, zugleich aber auch den damals allein möglichen Rettungsweg durch verfassungsrechtliche Festlegung des demokratischen Staatsbaues zu beschreiten. Nachdem nunmehr die Verfassung sich stabilisiert und der demokratische Staatsbau im Volksganzen fest perantert ist, sollten auch diejenigen Gruppen an der Verfassungsfeier großzügig mitwirken, die damals glaubten, aus sachlichen Bedenken der Verfassung ihre Zustimmung verweigern zu sollen.

Wir haben volles Verständnis für den Wunsch, möglichst den 11. August als den Tag der Verabschiedung der Weimarer Verfassung zu wählen. Aber im Hinblick auf die aus allen Volksschichten fortgesetzten an uns dringenden Mahnrufe muß ich mich des ausdrücklichen Auftrags meiner Fraktion entledigen,

unser sachlichen und praktischen Bedenken gegen den 11. August nochmals hier vorzutragen.

Dabei betone ich mit allem Nachdruck, daß uns nichts ferner liegt, als der Verabschiedung des Gesetzes Schwerkriegslisten in den Weg zu legen. Das schwerste Bedenken gegen die Nationalfeier am 11. August besteht darin, daß dieser Tag mitten in die Erntezzeit und die notwendigen landwirtschaftlichen Arbeiten fällt. Dazu kommt weiter, daß der 11. August in die Ferienzeit fällt. Ich beantrage die Ueberweisung der Vorlage an den Rechtsausschuß, damit dieser unverzüglich die Beratung durchführt und die Verabschiedung der Vorlage in zweiter und dritter Lesung des Plenums nach der Ferien erfolgen kann.

Hg. Dietrich-Berlin (Komm.) erklärt, beim deutschen Proletariat sei keine Reizung für eine Verfassungsfeier vorhanden. Die Arbeiterchaft betrachte die ganze Republik und die Weimarer Verfassung als einen Schwindel. Diese kapitalistische Republik spiegelte den Geist Rußlands wider. Sie müsse überwunden werden durch eine wahre Republik der Arbeiter und Bauern. Der Redner empfiehlt den kommunistischen Antrag auf Einsetzung des 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag.

Hg. Dr. Moldenhauer (Dp.)

erkennt an, daß ein Nationalfeiertag geeignet sei, die Angehörigen eines Volkes fester zur Nation zusammenzuschließen. Die Rede des Hg. Schöngge sei nicht geeignet gewesen, die Einigung der Nation zu fördern. Sicher hat die Weimarer Verfassung den Boden geschaffen, auf dem sich der Wiederaufbau vollziehen konnte. Sie hat die Gefahr der Räterepublik und des Bolschewismus beseitigt. Wenn Deutschland sich nach schwerem Fall wieder aufrichtete, wenn in allen Kämpfen für das Vaterland die Deutschen zusammenstanden, so war jedoch die Triebabende die Liebe zum Vaterland und die Weimarer Verfassung stand dabei in zweiter Linie.

Wir leben in dem 11. August einen wichtigen Merktag der deutschen Geschichte; zum Nationalfeiertag aber könnte man nur einen Tag wählen, an dem sich alle Volksangehörigen einig und begeißelt zusammenschließen.

Beide Teile des Volkes, die der Weimarer Verfassung ablehnend gegenüberstehen, sollte man nicht den Tag dieser Verfassung als Nationalfeiertag aufzwingen. Dadurch würde die nationale Festigung nur gesteigert werden. Jetzt ist die Zeit noch nicht gekommen, die Weimarer Verfassung zum Boden eines Nationalfeiertages zu machen. Für den Nationalfeiertag ist der Tag gekommen, wenn der letzte Franzose die deutsche Erde verlassen hat oder wenn wir durch den Zusammenstoß mit Oesterreich Großdeutschland erreicht haben. Wir sind keine Gegner nationaler Feiern, wenn sie vom Reich und von öffentlichen Körperschaften in würdiger Weise am Verfassungstage begangen werden. Wir haben uns, mit daran beteiligt. Wir halten die Einführung eines Nationalfeiertages nicht für den Weg, zu einer Einigung des deutschen Volkes zu kommen. Das Ziel steht über uns allen. (Beifall bei der Volkspartei.)

Hg. Dr. Kütz (Dem.) fordert den Verfassungstag als Nationalfeiertag. Nicht ein rauschender Festtag soll es sein, sondern ein Tag der nationalen Sammlung und Selbstbestimmung. Der 11. August brachte uns den Sieg des deutschen Selbsthaltungswillens gegen den von außen und innen andringenden Vernichtungswillen.

Hg. Dremuth (Wirtsch. V.) bedauert die Einbringung der Vorlage. Die jetzige Zeit der schweren wirtschaftlichen Depression sei nicht geeignet zur Einführung neuer Feiertage.

Die Wirtschaftspartei streite nicht um Flagge und Staatsform, aber sie halte den Zeitpunkt noch nicht für gekommen, die Weimarer Verfassung zum Gegenstand eines Nationalfeiertages zu machen; zumal diese Verfassung noch in vielen Punkten verbesserungsbedürftig sei.

Im Gegensatz zu den Deutschnationalen begrüße jedoch die Wirtschaftspartei die Beseitigung des Klassenwahlrechts und die in Weimar geschaffene politische Gleichberechtigung. Jetzt sollte erst ein Trauertag für die Gefallenen des Weltkrieges eingeführt werden. Die Wirtschaftspartei werde die Vorlage ablehnen.

Hg. Dr. Hofacker (Boyer. Vp.) erklärt, seine Freunde hielten die Weimarer Verfassung in manchen Punkten für reformbedürftig. Der vorliegende Gesetzentwurf sei ein Eingriff in die Landesrechte über die in der Verfassung gezogenen Grenzen hinaus. Die Bayerische Volkspartei könne dieser Vorlage nicht zustimmen.

Ein völkisches Zwischenspiel.

Hg. Dr. Goebbels (Nat.-Soz.) erklärt, es sei eine Komödie, wenn die jetzige sozialdemokratische Regierung einen Nationalfeiertag einführen wolle. Als Redner den Namen Goering mit dem Fall Schlageter in Verbindung bringt, wird er von den Sozialdemokraten mit den Rufen: „Verleumdung! Zur Ordnung!“ stürmisch unterbrochen. Die Nationalsozialisten verlangen durch laute Rufe ein Einschreiten des Präsidiums. Hg. Straffer (Nat.-Soz.) ruft dem Vizepräsidenten Esser zu: „Wenn Sie nicht fähig sind, verlassen Sie doch das Präsidium.“ Hg. Dr. Goebbels richtet dann heftige Angriffe gegen die Sozialdemokraten, die durch laute Zurufe erwidert werden. Während Vizepräsident Esser fortwährend die Glocke schwingt, kommt es zu einem lauten Wortwechsel zwischen den Nationalsozialisten und der Linken, der noch fortgeführt wird, als Dr. Goebbels schon die Rednertribüne verlassen hat. Hg. Straffer (Nat.-Soz.) wird zur Ordnung gerufen, weil er fortriefelt nach links hinüberläuft: „Ihr Judenbande!“

Hg. Tr. Wendhausen (Chr.-Kat. Bauernpartei) bekämpft die Vorlage und erklärt unter großem Lärm der Linken die Weimarer Verfassung sei undeutsch.

Hg. Dr. Fehr (D. Bauernp.) erklärt, seine Freunde seien nicht grundsätzliche Gegner einer Nationalfeier, die dem republikanischen Gedanken förderlich sein könnte. Sie würden aber gegen die Vorlage stimmen, weil der 11. August in die Zeit der härtesten landwirtschaftlichen Arbeit falle und weil die Vorlage starke Eingriffe in die Rechte der Länder enthalte.

Hg. Meyer gibt für die Deutschhannoveraner eine Erklärung gegen die Vorlage ab.

Damit schließt die Aussprache. Die Abstimmung darüber, ob die Vorlage an den Rechtsausschuß gehen soll, bleibt zunächst zweifelhaft und muß im Hammerspruch wiederholt werden.

Dabei wird mit 214 gegen 136 Stimmen die Ausschlußüberweisung beschlossen. Dafür haben die in der Regierung vertretenen Parteien gestimmt.

Um 7½ Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch, 3 Uhr. (Kleinere Vorlagen.)

Neue Umstellung in Spandau.

Deutsche Werke verzichten auf Karosseriebau.

Die Deutsche Industriewerke A. G. in Spandau, die heute für ihre D-Kab., Eisenwaren- und Biehereiproduktion etwa 6000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, hat es für zweckmäßig gehalten, den feineren für eigene Zwecke eingerichteten Karosseriebau wieder aufzugeben. Sie hat Aufträge und Einrichtungen gegen eine unbekanntes Abfindung an die Ambi-Budd-Fabrikwerk G. m. b. H., Berlin-Johannishof abgetreten, die erst kürzlich schon von der Gottfried Lindner A. G., Annendorf, die gleiche Fabrikation übernommen hat. Da die eigene Autoproduktion der D-Werke nach einer offenen Kampagne der Autoindustrie preisgegeben wurde, ist die Veräußerung des Karosseriebetriebs vielleicht verständlich.

Benutzer einfach ist das Schicksal der 900 Arbeiter und Angestellten, die in Spandau bisher darin beschäftigt waren. Ist auch vereinbart worden, ob die Ambi-Budd G. m. b. H. die Belegschaften mit den Aufträgen und Einrichtungen übernimmt? Ist für die plötzlich arbeitslos werdenden sonstige Vorsorge getroffen, um Härten zu vermeiden? Antwort wäre erwünscht!

Konjunktur und Maschinenindustrie.

Beschäftigung im Juni nicht verschlechtert.

Wie der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten weißt, hat sich die in den früheren Monaten festgestellte Abschwächung teils in verschiedenen Zweigen der Maschinenindustrie fortgesetzt. Teils wurde sie durch eine schonmäßige Belebung in anderen Zweigen ausgeglichen. Die Gesamtlage hat gegenüber dem Monat Mai keine wesentliche Veränderung erfahren. Holzbearbeitungsmaschinen, Landmaschinen, Kraftmaschinen, Papier- und Druckmaschinen, Haushaltungs- und Nahrungsmittelindustrie sowie Zubereitungsmaschinen gaben betrieblende Beschäftigung, während die Lage im Textilmaschinen-, Strickmaschinen- und Lederindustrie weiterhin unbefriedigend war. Die Aufträge aus dem Ausland haben leicht zugenommen, ohne aber zu neuen Bestellungen zu führen. Der Beschäftigungsgrad in der

Maschinenindustrie hat im ganzen ebenfalls noch keine Verschlechterung erfahren.

Im Zusammenhang damit ist ein Bericht des Landesarbeitsamtes Rheinland vom 6. Juli von Interesse. Bei den Stilllegungsangelegenheiten ist für das dortige Gebiet eine bemerkenswerte Veränderung insofern eingetreten, als bis Ende Juni in der hauptsächlich Stilllegungen der Textil- und Schuhindustrie angeordnet wurden, daß sich aber in den Stilllegungsangelegenheiten der Woche bis zum 6. Juli nur noch zwei Schuhfabriken, dagegen neunzehn Firmen der Eisen-, Stahl- und Maschinenindustrie befanden. Es wird abzuwarten sein, ob diese Verteilung aus dem Rheinland Bedeutung auch für die ganze Maschinenindustrie haben wird.

Gründung eines Viehlieferungsartells. Die Landwirtschaft des Bezirks Magdeburg hat sich zu der Gründung eines Viehlieferungsartells entschlossen, durch das in erster Linie eine Regelung der Verhältnisse auf dem Magdeburger Markt versucht werden soll. Die Magdeburger Gründung wird dadurch von Bedeutung, daß die dem Artell angehörenden Landwirte sich einer Lieferungs-pflicht unterwerfen. Schon früher ist es öfter der Versuch gemacht worden, ein engeres Zusammenarbeiten zwischen den landwirtschaftlichen Erzeugern und den Verbraucherorganisationen herbeizuführen. Die Bestrebungen scheiterten aber meistens an der Tatsache, daß sich die Landwirte nicht an den Abmachungen hielten. Sie nahmen in schlechten Jahren recht gerne den von den Verbraucherorganisationen garantierten Preis in Empfang; besserte sich jedoch die Konjunktur, so lieferten sie ihre Produkte an den privaten Handel, wenn dieser ihnen bessere Preise zahlte. Daß bei dieser Einstellung der Landwirte ein Zusammenarbeiten mit den Verbraucherorganisationen nicht zu denken war, liegt auf der Hand. Die Einführung der Lieferungs-pflicht, wie sie im Magdeburger Viehmarkt vorgesehen ist, könnte hier Wandel schaffen und ein wichtiges Mittel für die genossenschaftliche Erzielung des Landwirts werden.

Der Konsumverein München erzielte in dem am 30. Juni abgeschlossenen Geschäftsjahr 1927/28 einen Umsatz von 8,643 Millionen Mark. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr beträgt 1,877 Millionen Mark und macht rund 19 Proz. aus. Auf die Eigenproduktion (Bäckerei, Metzgerei, Konditorei, Bier- und Limonadenherstellung, Weinellerei, Kaffeeästerei und Sauertraufabrik) entfielen 2,835 Millionen Mark. Damit erhöht sich der Anteil der Eigenproduktion am Gesamtumsatz von 26,7 Proz. auf 33,9 Proz.

